



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (34.) und Ausschuss für Heimat und Kommunales (52.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

24. September 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:02 Uhr bis 14:47 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD) (AFKJ)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkt:

**Der frühkindlichen Bildung geht die Puste aus, nun auch Implosion
der Plätze – Kitas und Kindertagespflege müssen gestärkt werden** 3

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/9159

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

* * *

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (34.)

24.09.2024

Ausschuss für Heimat und Kommunales (52.)

sd

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Der frühkindlichen Bildung geht die Puste aus, nun auch Implosion der Plätze – Kitas und Kindertagespflege müssen gestärkt werden

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/9159

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Liebe Kolleginnen und Kollegen, seien Sie herzlich willkommen. Natürlich begrüße ich besonders die Sachverständigen, die uns heute mit Rat und mit hoffentlich vielen Infos zur Seite stehen. Wir haben einen Livestream an, wir werden also im Internet live übertragen.

Das Einverständnis zur Tagesordnung müssen wir hier noch gemeinsam feststellen. Die Ausschüsse wurden mit Einladung E 18/942 vom 17. September zu dieser Sitzung eingeladen. Ein Neudruck erfolgte am 20. September. Gibt es Widersprüche oder Veränderungswünsche zur Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass wir diesen Livestream, der jetzt geschaltet ist, auch später abrufen können. Das heißt, Sie müssen, wenn Sie etwas verfolgen wollen, nicht das Protokoll abwarten, sondern können im Livestream das Ganze noch mal abspielen.

(Es folgen einige technische Hinweise.)

Der Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/9159 wurde in der Plenarsitzung am 16. Mai federführend an unseren Ausschuss sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Heimat und Kommunales überwiesen. In unserer Sitzung am 6. Juni beschlossen wir, diese Anhörung heute durchzuführen. Mit Schreiben des Landtagspräsidenten vom 24. Juli wurden die Sachverständigen zur heutigen Sitzung geladen.

Ich freue mich, dass Sie den Mitgliedern der Ausschüsse heute zur Verfügung stehen. Hinweisen möchte ich vorab auf die eingegangenen Stellungnahmen. Für diese möchte ich mich sehr herzlich bedanken. Wir haben verabredet, wie es in den letzten Jahren Usus war, dass ein mündliches Statement zu Beginn der Anhörung nicht vorgesehen ist. Die Abgeordneten werden vielmehr in Kenntnis der von Ihnen vorgelegten Statements direkt Fragen stellen.

Zunächst stellen die Fraktionen die Fragen, die Sie sich dann bitte notieren. Anschließend werden Sie einzeln gebeten – Sie sind alle Profis, waren schon häufig hier –, diese Fragen zu beantworten. Wichtig ist noch, dass sich die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen im Vorfeld darauf geeinigt haben, dass wir sozusagen zweiteilen. Im ersten Bereich wollen wir den Bereich Kita besprechen und im zweiten Bereich dann die Themen zur Kindertagespflege. Dann ist das ein bisschen strukturierter, und es geht nicht durcheinander, also erst Kita und dann Kindertagespflege.

Pro Runde können die Fraktionen je zwei Fragen an zwei Sachverständige stellen. Es gibt heute ausnahmsweise eine Ausnahme, die ich gerne zulasse, denn der Kollege Hafke wird in der ersten Runde mehr Fragen stellen. Das hat den einfachen Hintergrund, dass seine beiden Kinder, zum Thema passend, in einer Notgruppe sind – in

der Kita gibt es Krankstände –, und er muss die einfach abholen. Er kann deshalb nicht warten. Aber der Referent der FDP bleibt hier und kann zumindest die Antworten aufschreiben. Ich hoffe, das ist für alle Kolleginnen und Kollegen in Ordnung. Wenn wir nicht auf familiäre Bedingungen als Kinder- und Familienausschuss eingehen: wer dann? Ist das okay? – Große Zustimmung, prima.

Die Fraktionen haben im Verlauf des gesamten Gesprächs zwei direkte Nachfragen. Ich würde die Experten bitten, relativ kurz und bündig zu antworten. Drei Minuten ist ungefähr der Rahmen, aber es passiert natürlich, dass ganz viele Fragen auf einmal gestellt werden. Dann würde ich auch fünf Minuten zulassen. Um der ganzen Sache hier möglichst viele Antworten zu liefern, wäre es gut, wenn Sie sich ungefähr an die Zeiten halten würden.

Dann komme ich zur Worterteilung an die Abgeordneten zum Thema „Kindertagesstätten“. Ich eröffne die erste Fragerunde und beginne mit der CDU, Herr Kamieth!

Jens Kamieth (CDU): Schön Dank, Herr Vorsitzender. Mache ich gerne, hätte es allerdings auch akzeptiert, wenn die SPD als Antragstellerin die erste Frage hätte stellen dürfen.

(Vorsitzender Wolfgang Jörg: Wir machen es nach der Größe!)

– Wir machen es nach der Größe. Dann bedanke ich mich erstmal bei allen Sachverständigen, dass Sie Stellung genommen haben, dass Sie sich heute zu uns nach Düsseldorf in das Hohe Haus begeben haben und uns mit Ihrer Expertise zur Verfügung stehen.

Ich würde meine Fragen an den Landeselternbeirat und die freie Wohlfahrtspflege stellen. Der Landeselternbeirat bringt viele Aspekte in der Stellungnahme, die von der Trägerseite stark gemacht werden. Ich möchte den Blick gerne einmal darauf lenken, was Ihnen als Eltern wichtig ist, konkret: Sie unterstreichen in Ihrer Stellungnahme das chancengerechte Aufwachsen aller Kinder.

Stimmen Sie mir zu, dass die Reduzierung von Schließzeiten – wir hatten das Thema im Grunde genommen gerade schon – im Moment das vorrangige Ziel für die Kindertagesbetreuung sein muss? Welche Schritte wären dafür zu gehen, beziehungsweise für Sie als Eltern akzeptabel? Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände, die den Einsatz von Ergänzungskräften auf geeignete, aber nicht speziell qualifizierte Personen ausweiten möchten. Da würde ich mich um eine Einschätzung Ihrerseits freuen.

Zur Freien Wohlfahrt: Sie beschreiben, dass die 500 Millionen Euro für ein Rettungspaket nicht einfach gegriffen sind, sondern maßgeblich auf einen von Ihnen berechneten Defizit im Bereich der Sachkosten fußen. Nun trifft die Prognos-Studie bekanntermaßen keine definitive Aussage, ob das KiBiz die Sachkosten auskömmlich refinanziert. Sie wünschen sich, dass die Sachkosten von der Kostenseite her betrachtet werden. Wie möchten Sie diese Kostenseite denn definieren? Ich lege da nochmal das Stichwort „Warenkorb“ dazu, vielen Dank.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Auch vonseiten der antragstellenden Fraktion ein herzliches Dankeschön an die Expertinnen und Experten für Ihr Kommen und dafür, dass Sie uns im Vorfeld ihre Stellungnahmen haben zukommen lassen. Wir sind nach dem Lesen zumindest mit dem Gefühl herausgegangen, dass wir mit unserem Antrag nicht auf dem ganz falschen Weg sind.

Meine erste Frage richtet sich an die kommunalen Spitzenverbände und an die Freie Wohlfahrt. In der Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände wurde an mehreren Stellen darauf hingewiesen, dass es zu Lösungen kommen muss und dass es Gespräche geben muss. Ich mache das mal an drei Beispielen deutlich. Sie haben über das Thema „Trägeranteile“ gesprochen. Sie haben über das Thema „KiBiz-Revision“ gesprochen und da auch eine Aufforderung an die Landesregierung gerichtet, dass da endlich mal was vorliegen muss, aber zuletzt auch über das Belastungsausgleichsgesetz. Das sind alles Dinge, die erfordern, dass man miteinander im Gespräch ist und da auch Verhandlungen vornimmt. Ansonsten macht auch ein Referentenentwurf, wie auch immer er dann aussehen soll, relativ wenig Sinn.

Darum meine erste Frage: Sind Sie über Trägeranteile, den Zeitpunkt und die Inhalte der KiBiz-Revision und über ein Belastungsausgleichsgesetz im Gespräch? Über was für finanzielle Größenordnungen müssen wir da eigentlich sprechen bzw. kalkulieren, damit man da einen gewissen Rahmen hat, damit man weiß, worüber wir sprechen?

Die letzte Frage „Belastungsausgleichsgesetz“ ist vielleicht für die Freie Wohlfahrt nicht das Metier, was sie beantworten kann. Aber in dem Zusammenhang stünde dann vielleicht das angesprochene Thema „Sachkosten“, wenn Sie das noch mal explizieren und beantworten könnten.

Der zweite Fragenkomplex: Wir haben die Stellungnahmen des Kita Bündnisses gelesen. Wir wissen, dass das Kita Bündnis mit Demonstrationen, mit Unterschriftensammeln in der Landschaft eifrig unterwegs ist. Ähnlich wie die Freie Wohlfahrt sind Sie darauf eingegangen, dass es jetzt ein Sofortprogramm, ein Rettungsprogramm braucht. Warum wäre das aus Ihrer Sicht der erste und wichtige Schritt? Geht es auch ohne ein solches Programm?

Und was wären dann eigentlich die nächsten Schritte, die erfolgen müssen, damit wir aus dieser Krisensituation, in der sich die frühkindliche Bildung zurzeit befindet, herausfinden? Das ginge dann ans Kita Bündnis und natürlich auch an die Freie Wohlfahrt.

Eileen Woestmann (GRÜNE): Vielen Dank auch von Seiten der grünen Fraktion, dass Sie sich heute die Zeit nehmen und auch in Ihren Stellungnahmen ganz viel Wichtiges zusammengetragen haben.

Ich habe zwei Fragenkomplexe, einmal an das Kita Bündnis, die LAG und Herrn Dornhöfer vom Paritätischen. Und zwar: Wir reden immer wieder über die Frage, wie können die Kitas, die Erzieherinnen vor Ort entlastet werden? Und da kommt auch die Frage auf: Welche Rolle spielen die Träger dabei? Deswegen meine zwei Fragen zu dem Themenfeld, einmal: Welche Tätigkeitsfelder braucht es in einem Overhead von einem Träger, also abseits von Fachkräften in der Kita selber, damit die Kita läuft?

Wie kann der Träger tatsächlich vor Ort entlasten, und welche Aufgaben kann ein Träger-Overhead übernehmen? Und wie können die Mittel, die es für Fortbildung, Inklusion und so weiter gibt, so eingesetzt werden, dass sie in den Kitas ankommen?

Damit kann ich gut zu meinem zweiten Punkt überleiten, nämlich der Frage von Inklusion, der in den Stellungnahmen zu Recht Raum eingeräumt wurde. Wir sprechen immer wieder mit dem Personal in Kitas und stellen fest, dass die Mittel für die Inklusion aus dem KiBiz, also dieser dreieinhalbfache Satz, sehr unterschiedlich eingesetzt werden, wenn Kinder mit Behinderung in der Einrichtung sind. Wie wird bei Ihnen, also beim Kita Bündnis, bei der LAG und beim PARI mit diesem dreieinhalbfachen Satz in den Kitas umgegangen? Und wie kommt dieses Geld den Einrichtungen bzw. Erzieherinnen zugute, weil wir da tatsächlich einfach sehr unterschiedliche Modelle kennengelernt haben und es offensichtlich von Landesseite da keine explizite Regelung gibt.

Marcel Hafke (FDP): Auch im Namen der FDP-Fraktion vielen Dank, dass Sie sich heute die Zeit nehmen. Tut mir wirklich leid, dass ich gleich los muss. Das war anders geplant. Zum Glück hatte ich den Hinweis frühzeitig von der Kita bekommen, dass ich zumindest noch eine halbe Stunde hier bei Ihnen sein kann. Umso wichtiger ist es, glaube ich, dass wir dieses Thema angehen. Hoffentlich kommen heute noch mal ein paar Impulse raus, die die Landesregierung, die regierungstragenden Fraktionen oder auch wir in der Opposition gerne aufgreifen können.

Ich würde anfangen insbesondere mit dem Deutschen Kitaverband. Das Thema „Trägeranteil“ ist in der Stellungnahme angesprochen worden. Mich würde allerdings interessieren, was Sie glauben, was die Landesregierung denn machen könnte, um Ihnen jetzt zu helfen, was das für einen Effekt auf die Kitaszene hätte.

Eine zweite Frage geht an den Deutschen Kitaverband, aber auch an das Kita Bündnis. Stichwort: Wir haben nur das Personal, was wir auch im Moment in den Einrichtungen haben. Die Frage ist, wie kriegen wir sie bestmöglich entlastet? Stichwort „Entbürokratisierung“. Was glauben Sie, welche Maßnahmen vielleicht ausgesetzt werden können oder entfallen können? Wir brauchen, glaube ich, nicht über Maßnahmen der Bürokratisierung und pädagogische Maßnahmen zu sprechen, die etwas mit Kinderschutz zu tun haben. Aber was könnten Sachen sein, die man vielleicht aussetzen kann, wodurch man die Entbürokratisierung voranbringt, damit Erzieherinnen und Erzieher mehr Zeit haben, um in der Kita mit den Kindern zu arbeiten.

Ich habe dann noch – Herr Vorsitzender, vielen Dank, dass das möglich ist – einen zweiten Themenkomplex. Das geht an alle Beteiligten, die in der Kindertagespflege heute hier sind. Es sind ja zum Glück einige dabei, weil oftmals in der Debatte das Thema „Kitas“ immer vorherrschend ist, aber es ist ja ein Zusammenspiel beider Institutionen mit Synergieeffekten.

Was uns stark aufgefallen ist, dass beschrieben wurde, dass es immer noch einen starken Druck gibt, zweijährige Kinder in der Kita anzumelden und nicht erst mal in der Tagespflege zu belassen. Deswegen vielleicht an die Beteiligten aus der Tagespflege: Was könnten Maßnahmen sein, damit auch Kinder in der Tagespflege verbleiben,

auch über das dritte Lebensjahr hinaus, und dann trotzdem noch die Chance haben, eine Kita zu besuchen, also ab dem vierten Lebensjahr oder auch entsprechend später?

Und der letzte Punkt an den Landeselternbeirat: Sie schreiben, wie ich finde, noch mal zu Recht über das Thema „Wunsch- und Wahlrecht der Eltern in der Jugendhilfeplanung“. Was, meinen Sie – weil wir heute auch mit den Kommunen zusammensitzen –: Welche Bälle kann man sich da gegenseitig zuspielen, damit das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern entsprechend gestärkt wird und dem überall, in jeder Stadt entsprochen wird?

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank, Herr Hafke. Ich will noch mal darauf hinweisen, dass die Beantwortung für den Bereich Kindertagespflege dann in der nächsten Runde kommt. Ja, okay, dann wurde das richtig verstanden. – Herr Schalley!

Zacharias Schalley (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Auch unsererseits vielen Dank für die eingereichten Stellungnahmen.

Für die erste Runde habe ich eine Frage, die ich gerne an den Städte- und Gemeindebund beziehungsweise den Landkreistag und den Deutschen Kitaverband stellen würde. Und zwar haben wir im Rahmen dieser Debatte um die Kita-Finanzierung immer wieder von der drohenden Insolvenz von Trägern gehört. Darum meine direkte Frage: Wie viele Träger sind Ihnen bekannt, die aufgrund unzureichender Finanzierung tatsächlich insolvent geworden sind?

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank, prima. Dann kommen wir zur Beantwortung der Fragen und fangen an, wenn ich das jetzt richtig sehe, mit dem Städte- und Gemeindebund. An den hat die SPD die erste Frage gestellt. Herr Dr. Menzel, Sie haben das Wort.

Dr. Matthias Menzel (Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen): Herr Dr. Maelzer, Sie hatten nach Trägeranteil, KiBiz-Revision und BAG-JH gefragt, ob wir dazu im Gespräch mit dem Land sind. Wir hatten durchaus Austausch zum Thema „KiBiz-Reform“ und haben über verschiedene Punkte gesprochen. Es ist allerdings so, dass wir dazu, wann die KiBiz-Reform kommt, mit welchem Umfang sie vor allen Dingen kommt, wie man in dem Zusammenhang mit Trägeranteilen umgeht, ob es Steuerungsinstrumente zugunsten der Kommunen gibt, was Bedarfe angeht, bislang keine Informationen haben. Dazu können wir nichts sagen.

Aus unserer Sicht ist das noch offen. Wir hoffen, dass das von der Landesregierung beherzt angegangen wird. Zum Thema BAG-JH sind wir aktuell in Gesprächen. Es finden Spitzengespräche mit der Landesregierung statt, die auch vertraulich behandelt werden. Deshalb ist es auch untunlich, dass ich an der Stelle über Inhalte groß spreche. Es hat gestern, wenn ich das richtig sehe, eine Unterrichtung bzw. einen Bericht an den Landtag vonseiten der Ministerin gegeben. Das ist auch der Kenntnisstand, den wir hier im Grunde genommen so bestätigen können.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank, Herr Dr. Menzel. – Herr Dr. Zentara, an Sie war die Frage auch gerichtet. Möchten Sie das noch ergänzen?

Dr. Kai Zentara (Landkreistag Nordrhein-Westfalen): Ich habe keinen anderen Sachstand, aber Sie hatten nach der finanziellen Dimension gefragt. Darauf werden wir im Zuge der Stellungnahme zum Haushalt, die in Kürze ansteht und die gerade von uns vorbereitet wird, eingehen. Das sind dreistellige Millionenbeträge im oberen Bereich, über die wir hier reden. Das sollte in der mittelfristigen Finanzplanung und im Haushalt 25 entsprechend Berücksichtigung finden, ohne den Haushaltsberatungen hier vorgreifen zu wollen.

Aber für das BAG-JH sind von Rechts wegen erhebliche Belastungen für den Landeshaushalt einzurechnen. Der Haushaltsentwurf ist an dem Punkt in der Tat verwirrend. Wir versuchen gerade, das aufzuklären. Wir haben auch schon mit dem FM telefoniert, aber ganz verstanden haben wir es noch nicht. Vielleicht fragen Sie auch noch mal nach.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank, Herr Zentara. – Dann kommen wir noch mal zu Fragen von den Grünen und SPD an Herrn Stephan Jentgens oder an Frau Prott. Sie müssen entscheiden, wer antwortet.

Stephan Jentgens (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen): Ich beginne und Frau Prott übernimmt dann. Die Frage der Trägeranteile ist tatsächlich eine, die für die freie Seite von erheblicher Bedeutung ist. Wir bringen in das Konzept relativ viele Steuerungsimpulse und auch Steuerungsressourcen hinein, Qualitätsentwicklung und all diese Fragen. Vor Ort muss man feststellen, dass auch jetzt schon die Maßgabe oder zumindest das Vorgehen existiert, dass viele Trägeranteile dankenswerterweise von Kommunen übernommen werden.

Wenn wir uns die verschieden starke Finanzkraft der Kommunen anschauen, dann haben wir die Sorge, dass dadurch eine Art Flickenteppich – ein qualitativer, nicht nur ein Betreuungsflickenteppich – entsteht. Von daher ist die herzliche Bitte, dass eine deutliche Reduzierung der Trägeranteile möglich wird.

Über Inhalt und Zeitplan der KiBiz-Novelle sind wir auch nicht bis ins Letzte so unterrichtet, dass wir jetzt genaue Termine nennen könnten. Wir hören aber, dass noch in diesem Jahr mit einem Referentenentwurf zu rechnen ist. Wir können das aber nicht wirklich belegen. Das wollte ich ausdrücklich dazu sagen. Wir haben sehr deutlich angeboten und durch verschiedene Eckpunktepapiere, Ergänzungen und so weiter angemerkt, dass wir gerne, und zwar jederzeit, bereit sind, über diesen Referentenentwurf zu sprechen, um eine möglichst sachgerechte Lösung im Hinblick auf die Personal- und die Finanzfrage hinzubekommen. Denn die sind unserer Einschätzung nach nicht voneinander zu lösen. Ich glaube, das wird auch einhellig so gesehen.

Was das Rettungspaket mit den 500 Millionen Euro anbetrifft, war es ja eine Vorgehensweise, die Anfang des Jahres eine Rolle spielte, weil die Fortschreibungsrate zur Liquiditätssicherung unserer Träger nicht ausreichend erschien. Da hat das Land 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Nach unseren Berechnungen umfasst der Anteil, der nicht finanziert war, die fehlenden 400 Millionen Euro. Von daher ist der Teil für uns jetzt mit der Steigerung der Fortschreibungsrate, der Steigerung der Kindpauschalen erfolgt, und zwar so, dass wir fast keine Rücklagen mehr haben.

Die Fragen, wenn ich darf, zu den Sachkosten und zu den weiteren Dingen würde ich gerne an Frau Prott weitergeben.

**Sabine Prott (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrts-
pflege des Landes Nordrhein-Westfalen):** Das waren die Fragen von Herrn Kamieth. Soll ich die jetzt direkt mit aufgreifen? – Gut.

Es war der Anlass für die Prognos-Evaluation, dass die Freie Seite und die Kirchen sich im Rahmen der KiBiz-Revision 2019, 2020 dafür unbedingt ausgesprochen haben, weil wir damals berechnet haben, dass die Sachkosten im Vergleich zu den Personalkosten auskömmlich gestellt wurden, weil sie sich an den KGSt-Werten orientiert haben. Die Sachkosten wurden fortgeschrieben aus dem alten Vorläufergesetz GTK. Nach unseren Berechnungen ist damals – 2019 – ein Defizit von 570 Millionen Euro entstanden.

Prognos hat es in der Tat nicht auswerten können. Zumindest gibt es da kein Ergebnis mit dem Hinweis, dass die Struktur bei den Trägern so heterogen ist – wie Sachkosten gebucht werden, wie Sachkosten veranschlagt werden –, dass man an dieser Stelle zu keiner klaren Aussage kommen kann. Wir haben das von der Freien Seite und den Kirchen problematisiert. Dass damit das Thema nicht vom Tisch ist, das hat Prognos in seinem Bericht auch geschrieben, und dass da unbedingt weiter geschaut werden muss, wie man da Parameter findet, um die Sachkosten zu ermitteln.

Ich nenne ein einfaches Beispiel: Die Personalkosten kennen wir. Wir können sie klar berechnen. Wenn man auf das Gesamtbudget einer Einrichtung guckt: Wir haben mehrere Zeitreihen erstellt, wie das Budget und die Personalkosten im Zusammenhang stehen. Da sieht man in vielen Jahren, dass die Personalkosten weit über 90 % des Gesamtbudgets einer Einrichtung ausmachen. Das heißt, es kann nicht passen, rein vom System her nicht. Wir sind mit dem Ministerium in der Tat im Gespräch, welche Parameter man finden kann, um die Sachkosten von der Kostenseite her zu betrachten und einen entsprechenden Warenkorb zu definieren, der unseres Erachtens nur für den aktuellen Zeitpunkt eine Hilfe sein kann, weil sich der Warenkorb auch in den letzten Jahren stetig verändert und erhöht hat. Da einmal den Ist-Stand zu erfassen und dazu auch die Prognos-Daten wieder in den Blick zu nehmen, ist sicherlich sinnvoll. Man muss da wahrscheinlich eine pragmatische Lösung finden. Es gibt mehrere Vorschläge, die gerade auf dem Tisch sind, wie man das Thema „Sachkosten“ nachhaltig und zukunftssicher abbilden könnte.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank, Frau Prott. – Dann kommen wir zu Herrn Dornhöfer. Da gab es auch Fragen von SPD und Grünen. Herr Dornhöfer, bitte.

Felix Dornhöfer (Der Paritätische, Kreisgruppe Siegen-Wittgenstein/Olpe): Zuvorderst bedanke ich mich herzlich für die Einladung. Zur Frage von Frau Woestmann, und zwar: Wie können Kitaträger und -personal entlastet werden? Ich möchte das in zweierlei Hinsicht differenzieren, und zwar einerseits nach der Trägerperspektive und andererseits der Personalperspektive. Die Trägerperspektive: Gerade für kleine Träger – beispielsweise im Kreis Siegen-Wittgenstein/Olpe, wo ich als Vertreter hier bin – können wir sagen, dass insbesondere die zunehmenden Anträge und Abläufe zu reduzieren sind – aus dem ganz einfachen Grund, dass kleine Einrichtungen nur ein Mindestmaß an Möglichkeit haben, um diese bürokratischen Herausforderungen, die sich durch das aktuelle KiBiz ergeben, abzubauen. Die Freie Wohlfahrtspflege hat vor Kurzem, Anfang des Jahres, ein siebenseitiges Papier vorgelegt, in dem explizit Maßnahmen zum Bürokratieabbau im Bereich der Kindertageseinrichtungen vorgeschlagen wurden.

Kommen wir zum zweiten Punkt, dem Personal: Grundsätzlich, um gute frühkindliche Bildung gewährleisten zu können, bedarf es eines Personalstamms mit einer hohen Expertise, die wir zum aktuellen Zeitpunkt absolut gewährleisten. Nichtsdestotrotz braucht es dafür auch eine gewisse Quantität, im Sinne davon: Einrichtungen können nicht auf das Mindestmaß der Personalgrundlagen reduziert werden, sondern es bedarf einer entsprechenden Anpassung nach oben, um genügend Personal in den Einrichtungen gewährleisten zu können. Nur dann lässt sich auch weiterhin die frühkindliche Bildung auf dem Niveau erhalten, wie es aktuell der Fall ist.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank. – Dann kommen wir zum Landeselternbeirat. Da hatte nämlich der Herr Kamieth noch eine Frage an Frau Heimann oder Herrn Simons, je nachdem, wer von Ihnen antworten möchte.

Daniela Heimann (Landeselternbeirat NRW): Zunächst danke, dass wir heute dabei sein können und Fragen beantworten dürfen. Herr Kamieth hatte darauf hingewiesen, dass wir aus Elternsicht in der Stellungnahme sehr trägerlastig geschrieben hätten. Das hat tatsächlich den einzigen Grund: Was ist Eltern wichtig? Ein starker Träger. Ohne starke Träger würden wir unsere Kinder über den Tag gar nicht unterbringen können. Deswegen sind wir sehr darauf angewiesen, dass es den Trägern gut geht.

Tatsächlich ist es für Eltern aber nicht zweitrangig, wer die Kinder durch den Tag begleitet. Wir sind sehr daran interessiert, dass ein qualifiziertes Angebot in den Einrichtungen angeboten wird. Wir hatten schon mal signalisiert, dass die Eltern offensichtlich auch bereit sind, darüber zu diskutieren, ob man sich möglicherweise auf Kernzeiten in Kitas verständigen muss, in denen vorrangig Bildungsangebote unterbreitet werden, und dass man möglicherweise in der aktuellen Situation auch schauen muss, wie in Randzeiten das System adäquat unterstützt wird, um vollumfänglich Öffnungszeiten ermöglichen zu können.

Tatsächlich ist aktuell das primäre Thema, das an uns von Eltern herangetragen wird, das Thema der Absicherung der Öffnungszeiten. Das ist einfach der Situation geschuldet. Wir haben darauf hingewiesen: Der Fachkräftemangel, das wissen wir alle, wird uns

noch eine ganze Weile begleiten. Deswegen müssen wir sehr offen sein für Dinge, die man interimweise möglich machen kann.

Sie hatten gefragt, wie gesagt, ob die Öffnungszeiten das vorrangige Thema sind. Wir würden uns trotzdem dafür stark machen wollen, dass man guckt, welche ergänzenden Kräfte sinnvoll unterstützen können, um Öffnungszeiten auch vollumfänglich zu realisieren. Denn eine Reduzierung der Öffnungszeiten, wie sie vor ein paar Monaten noch in der Presse diskutiert wurde, ist für Eltern sicherlich keine Option. Darunter würde, glaube ich, auch gesamtgesellschaftlich die Wirtschaft sehr leiden.

Jetzt weiß ich nicht: Wollen wir auf die Frage von Herrn Hafke auch schon eingehen?

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Das machen wir gleich. Dann vielen Dank, Frau Heimann. Dann kommen wir zum Deutschen Kitaverband, Landesverband NRW, Herr Bracht. Da war eine Frage der FDP.

Marcus Bracht (Deutscher Kitaverband, Landesverband Nordrhein-Westfalen): Erstmal vielen Dank, dass wir teilnehmen dürfen. Da ging es um den Trägereigenanteil und den Effekt, den der Trägereigenanteil auf Träger wie uns haben kann. Dazu muss man nochmal erläutern, dass wir eine Trägergruppe sind, die nicht über Drittmittel verfügen. Das heißt, wir haben keine sonstigen Einnahmen, über die wir diesen Trägereigenanteil finanzieren könnten. Deshalb ist es für uns im Vergleich zu anderen Trägern von besonderer Bedeutung, den Trägeranteil, diese 7,8 %, die im Moment dort stehen, zu finanzieren.

Vor vier oder fünf Jahren, als die KiBiz-Novelle eingeführt wurde, wurde uns aus dem Ministerium gesagt: Wenn ihr ein Finanzierungsproblem habt und das nicht mehr über Elternbeiträge machen könnt, dann gründet doch einen Förderverein und finanziert darüber diese Finanzierungslücke! Das ist für uns, um ehrlich zu sein, nicht wirklich professionell, um dadurch dauerhaft einen Betrieb zu sichern. Wie wir hier gerade gehört haben: Wir müssen Zeiten bringen, wir müssen Qualität bringen, wollen das ja auch alle zusammen tun. Deshalb ist das für uns keine wirklich gute Finanzierungsmöglichkeit.

Aus unserer Sicht bedarf es da zumindest für unsere Trägergruppe, die keine anderen Finanzierungsmöglichkeiten hat – das heißt, wir können gar nicht aus irgendwelchen anderen Mitteln finanzieren, haben keine – wie es so schön im Gerichtsurteil heißt – finanzielle Leistungsfähigkeit, um das überhaupt zu gewährleisten –, dringend eine Verringerung des Trägereigenanteils. Schon eine Verringerung auf das Niveau zum Beispiel von Elterninitiativen oder eine Anpassung dahin würde uns deutlich helfen, diesen Betrag zu erbringen und den Betrieb dann letztendlich zu sichern.

Das heißt, jedes Prozent Trägereigenanteil, das dort möglich ist, sollte entsprechend umgesetzt werden.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank. – Dann kommen wir jetzt zum Kita Bündnis NRW, zu Herrn Körner. Es gab Fragen von SPD, Grünen, FDP und AfD. Herr Körner, bitte.

Marek Körner (Kita Bündnis NRW): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Parlamentarier! Vielen Dank für die Einladung. Ich vertrete das Kita Bündnis NRW. Das besteht aus sechs großen Trägern, educcare, Fröbel, Kunterbunt, Outlaw, Villa Luna und VKJ. Die GEW hat sich unseren Forderungen auch angeschlossen.

Ich würde als Allererstes auf Herrn Dr. Maelzer antworten: Was wären die ersten Schritte, und was wäre der wichtigste Schritt? Wir fordern in dem Positionspapier ein Kita-Notprogramm oder ein Sofortprogramm. Warum? Weil die Kitas in den letzten 18 Monaten kaputtgespart wurden. Die Auswirkungen auf Bildung und Betreuungsqualität sind eindeutig zu erkennen. Die Bildung bewegt sich im Sinkflug. Das Betreuungssystem steht kurz vor dem Kollaps.

Das hat damit zu tun, dass im Prinzip 18 Monate lang die Anrechnung der tariflichen Angleichungen nicht erfolgte. Jetzt ist sie erfolgt, aber wir haben in der Vergangenheit unsere Rücklagen auflösen müssen. Wir haben die Investitionsmittel angegriffen. Die Kitas haben angefangen, das Personal auf den Mindestwert zu reduzieren. Und wenn wir heute die psychischen Belastungen des Personals und die Ausfallzeiten sehen: Die Ausfallzeiten betragen in dem Bildungs- und Kita-Bereich momentan bei unseren Trägern 30 Tage im Vergleich zu 20 Tagen in anderen Berufsfeldern jährlich, sodass wir sehen: Die Belastung ist extrem. Der erste wichtigste Schritt wäre tatsächlich, die Unterfinanzierung in diesem Fall aufzulösen.

Die LAG, Freie Wohlfahrtspflege, hat das beziffert mit 300 bis 500 Millionen Euro. Wir können nachher noch einmal inhaltlich darauf eingehen, welche Mittel dort notwendig sind. Das würde bedeuten: Wir würden als Allererstes in das Personal investieren, damit wir dort eine Beruhigung reinbekommen, einmal auf der Stressebene, auf der Belastungsebene, aber natürlich auch den Schlüssel wieder adäquat anheben.

Die nächsten Schritte, was wäre gesetzgeberisch notwendig? Wir sollten nicht auf die KiBiz-Novellierung warten, sondern wir sollten tatsächlich das jetzige KiBiz-Gesetz ändern. Ich möchte darum bitten, dass Sie einen Änderungsantrag zum KiBiz-Gesetz stellen, dass Sie diese Tarifierungsklausel dahingehend novellieren, dass es jetzt möglich sein wird, ad hoc, wenn die Tarifabschlüsse zwischen den Tarifparteien abgeschlossen und auch die Sachkosten ermittelt werden, im neuen Kindergartenjahr die adäquaten tariflichen Anpassungen vorzunehmen.

Die nächsten Schritte wären, das Kita-Personal zu stärken, die Qualität zu sichern – das habe ich gesagt – und die Personalgewinnung und die Bindung unseres Kita-Personals zu verbessern. Das bedeutet, in die Ausbildung zu investieren. Wir sind sehr stark dabei, PiA – praxisintegrierte Ausbildungsplätze – zur Verfügung zu stellen. Dort brauchen wir Praxisanleiterinnen, die werden nicht gefunden nach dem Motto: Du bist jetzt Praxisanleiter im Rahmen der Ausbildung, sondern es muss uns gelingen, dort durch ein Curriculum, aber auch durch eine Mitfinanzierung des Landes NRW die Praxisanleitung im Rahmen der Ausbildung professionell zu gewährleisten.

Als letzten Punkt möchte ich verdeutlichen, dass es darum geht, die Kita als Bildungsort anzuerkennen und zu stärken. Das heißt, wir sollten die Personalverordnung adäquat, relativ schnell verändern, schauen, dass wir auch andere Qualifikationen in der Personal-

verordnung aufnehmen und dass es uns gelingt, die besondere Qualifizierung, die das Land NRW mitfinanziert, so zu organisieren, dass sie unsere Fachkräfte in der Praxis stärkt.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank. – Dann kommen wir jetzt zur zweiten Frageunde. Nach dem Hinweis von Herrn Kamieth würde ich die SPD fragen. Gibt es weitere Fragen zu diesem Bereich?

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Ja, sehr gerne. Das hätte ich sonst in einer imaginierten dritten Runde gemacht. Dann frage ich jetzt gerne in Richtung der Landschaftsverbände oder der Landesjugendämter, die ausgeführt haben, dass es Problemlagen bei der praxisintegrierten Versorgung der Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger gibt. Wenn Sie das vielleicht noch näher ausführen könnten und uns vielleicht auch den Hinweis geben würden, wie sich das auswirkt, und was wir tun müssten, damit wir in dem Bereich zu einer deutlichen Verbesserung kämen.

Das wäre meine erste Frage. Jetzt muss ich einen Moment suchen. Der Vorsitzende hat mich auf dem falschen Fuß erwischt. – Die andere Frage wurde schon von Frau Heimann beantwortet. Dann bleibt es erstmal dabei.

Jens Kamieth (CDU): Ich würde nochmal nachfragen wollen beim Landeselternbeirat. Ich habe verstanden, Reduzierung von Schließzeiten ist ein Thema, der Einsatz von Ergänzungskräften wäre auch ein Thema. Ich hatte explizit gefragt: Welche Schritte wären Sie bereit zu gehen, und was wäre für Eltern aus Ihrer Sicht akzeptabel? Das wäre eine Frage.

Dann würde ich an die Videowand schauen und Herrn Fuchs zum Thema „Platzausbau“ fragen wollen. Das ist im Moment eine primäre Herausforderung. Insgesamt hat die Landesregierung seit Amtsantritt 600 Millionen Euro zusätzlich ins System gegeben. Unter anderem ist sie jüngst für den Bund eingesprungen, der seine Gelder für den Platzausbau gestrichen hat. Ein Förderstopp wäre ansonsten die Konsequenz gewesen. Mich würde interessieren, welche Konsequenzen ein Förderstopp für ihren Verantwortungsbereich in Steinfurt gehabt hätte.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank, Herr Kamieth. – Herr Maelzer hat die Frage wiedergefunden. Ich lasse die noch mal zu.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Das ist total nett. Manchmal muss man sich ein bisschen länger orientieren. Ja, ich wollte noch was zum Thema „Mietkostenzuschüsse“ fragen, an die kommunalen Spitzenverbände bzw. auch an die Freie Wohlfahrt. Wie stark würden Sie die mangelnde Refinanzierung der Mietkostenzuschüsse als Hemmschuh für den Ausbau der Kita-Plätze vor Ort betrachten? Und auch da die Frage: Über was für Größenordnungen müssen wir da eigentlich sprechen? Ist das eher eine Marginalie, oder geht es da um höhere Summen im Bereich der Mietkostenzuschüsse?

Wären die kommunalen Spitzenverbände bereit mitzufinanzieren, wenn das Land denn auch bereit ist, da entsprechende Erhöhungen vorzunehmen?

Eileen Woestmann (GRÜNE): Ich möchte gerne an meine Frage zur Inklusionspauschale erinnern, die gerade untergegangen ist. Ich würde mich freuen, wenn es da noch eine Antwort geben würde. Und dann habe ich noch mal eine Frage ans Kita Bündnis. Bei Ihnen im Bündnis gibt es Träger, die haben Key-Account-Managerinnen und -Manager auf Verwaltungsebene eingestellt. Ich kenne diesen Begriff nur aus der Wirtschaft oder im Vertrieb und frage mich, was Key-Account-Manager in dem Bereich der Kita konkret machen. Vielleicht können Sie darauf eingehen.

Die Frage, welcher Overhead von Trägerseite konkret übernommen wird, würde ich auch gerne noch mal wiederholen.

In verschiedenen Stellungnahmen wird der Personalschlüssel angesprochen. Da würde ich gerne meine Frage an das Kita Bündnis, an den Landeselternbeirat und an Tilmann Fuchs stellen. Es gibt inzwischen große Gewerkschaften, die den Kita-Platzausbau infrage stellen und sagen, wir müssen den pausieren, solange der Fachkräftemangel nicht gelöst wird. Das ist aus meiner Perspektive eine schwierige Forderung, einfach weil wir damit Kinder bewusst zurücklassen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, worüber wir morgen auch noch mal sprechen, infrage stellen.

Ich würde gerne wissen, was Ihre Position dazu ist und welche Rolle bei der Frage von Fachkräftemangel Ergänzungskräfte spielen können, allen voran Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger, von denen es bereits jetzt schon Ausgebildete im System gibt, die theoretisch schon eingesetzt werden können. Wir bekommen aus der Praxis die Rückmeldung, dass das kaum genutzt wird. Wie können wir dafür Sorge tragen, dass die Teams breiter aufgestellt werden können? – Vielen Dank.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank, Frau Woestmann. An wen war die erste Frage, die Nachfrage gerichtet?

Eileen Woestmann (GRÜNE): An das Kita Bündnis, die LAG und an den PARI, an Herrn Dornhöfer.

Zacharias Schalley (AfD): Ich möchte noch mal meine Frage aus der ersten Runde stellen an Herrn Dr. Menzel, Herrn Dr. Zentara, ob Sie Zahlen haben zu Insolvenzen von Kitaträgern, auch an Herrn Bracht oder Herrn Bremen vom Deutschen Kitaverband, was denn Ihre Träger sagen, ob da welche insolvent gegangen sind.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank. – Dann kommen wir zur Beantwortung der nächsten Runde und fangen an mit Frau Clauß. Sie hatten eine Frage von der SPD, bitte.

Sandra Clauß (Landschaftsverband Rheinland): Die Nachfrage war zur praxisintegrierten Kinderpflegeausbildung. Da haben wir im Moment keine gesetzliche Förderung. Wir hatten in den Vorjahren Förderprogramme. Die praxisintegrierte Kinderpflegeausbildung gibt es erst seit drei oder vier Jahren und ist besonders deshalb interessant, weil sie Menschen, die auf ein Ausbildungsgehalt angewiesen sind, die Möglichkeit gibt, eine Ausbildung zu machen. Viele Menschen haben Interesse, in der Kita zu arbeiten, aber bringen die Voraussetzungen für PiA nicht mit.

Und da wir wissen, dass auch die Schüler*innenzahlen zurückgehen und wir Menschen gewinnen müssen, die in einem höheren Lebensalter eine Ausbildung machen wollen, die Interesse fürs Feld haben, ist es einfach super, die mit einer bezahlten Ausbildung abzuholen.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank. Frau Silies, an Sie war, glaube ich, die gleiche Frage gerichtet. Möchten Sie ergänzen?

Marlies Silies (Landschaftsverband Westfalen-Lippe): Nein, ich habe keine Ergänzung, danke.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Prima. Dann kommen wir zum Städte- und Gemeindebund. Da gab es Fragen von der AfD und von der SPD.

Dr. Matthias Menzel (Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen): Zunächst zur Frage von der AfD, weil die eben vergessen worden ist: Zahlen zu Insolvenzverfahren liegen uns nicht vor. Da haben wir auch keine Abfrage zu gemacht. Es ist bekannt, dass es ein Insolvenzverfahren beziehungsweise einen Insolvenzantrag für die AWO aus Westfalen-Lippe gegeben hat. Das ist aber, glaube ich, inzwischen in die richtigen Bahnen gelenkt worden.

Ansonsten ist uns nach den Rückmeldungen, die uns vorliegen, nicht bekannt, dass es konkrete Insolvenzverfahren gibt. In der Praxis wird es nicht sehr häufig zu solchen Insolvenzen kommen. Ich denke, das, was in Westfalen-Lippe passiert ist, ist eher eine Ausnahme. Die meisten Träger, die von Finanznot betroffen sind, werden wahrscheinlich frühzeitig darüber nachdenken auszusteigen. Die rechtlichen Regelungen sind nun mal so gestaltet, dass letztendlich die Kommune übernehmen muss.

Von daher wäre interessant zu erfahren, wie viele es insgesamt in Nordrhein-Westfalen gibt. Da müsste man im Einzelnen mal eine Umfrage zu machen. Aber meine Vermutung ist: Es werden nicht allzu viele sein.

Herr Dr. Maelzer, Sie hatten nach dem Thema „Mietkostenzuschüsse“ gefragt. Das Thema „Mietkostenzuschüsse“ ist ein Problemthema, mit dem wir uns schon relativ lange beschäftigen. Das konnte leider im Rahmen der letzten KiBizReform keiner konsensualen Lösung zugeführt werden. Das heißt, im Grunde genommen ist die alte Förderung, die auch damals schon unzureichend war, fortgeführt worden. Wir sehen da ganz dringend Handlungsbedarf.

Wir haben im Moment die Situation, dass landeseitig Gelder zum Thema „Mietkostenzuschüsse“ fließen. Die reichen allerdings nicht aus, sodass die Träger, insbesondere die Kommunen, teilweise auch auf freiwilliger Basis in nicht unerheblichem Umfang zuzahlen müssen. Wir hätten ein deutliches Interesse daran, dass man das Thema löst, möglichst auch konsensual.

Nur eins ist klar: Die Mietkostenzuschüsse müssen angepasst werden. Wir brauchen an der Stelle einen deutlich größeren Beitrag des Landes, als das bisher und in den letzten Jahren der Fall war.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank, Herr Dr. Menzel. Ähnliche Fragen waren auch an Dr. Zentara gerichtet. Möchten Sie das ergänzen? – Bitte!

Dr. Kai Zentara (Landkreistag Nordrhein-Westfalen): Nein, Herr Dr. Menzel hat das umfänglich vorgetragen.

Vorhin war übrigens die Verwirrung entstanden, weil ich kurz gefragt hatte, ob die Landschaftsverbände Zahlen zu Insolvenzen haben, weil sie eigentlich aufgrund ihrer Aufsichtsfunktion wissen müssten, wann welche ausscheiden. Aber wir hatten das schon geklärt, dass das auch nicht der Fall ist.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Ich glaube, wenn ich das sagen darf: Dr. Menzel hat da, glaube ich, die richtige Fährte gelegt, die geben ihre Kitas zurück. Es geht ja niemand insolvent. – Dann kommen wir zur Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände, und zwar waren das Fragen von Grünen und SPD, Herr Jentgens, bitte.

Stephan Jentgens (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen): Ich würde wieder beginnen und gerne die Hälfte abtreten, wenn es in Ordnung wäre. – Die Frage der Mietkostenzuschüsse ist in der Tat eine prekäre Geschichte. Mietkostenzuschüsse müssen an die tatsächlichen Entwicklungen vor Ort angepasst werden. Wir laufen in einigen Kommunen in ein Problem hinein, weil man bei der Verteilung nicht auf regionale Unterschiede eingeht. Manche finanzstarken Kommunen können Mietzuschüsse aufstocken. Ich kann das an eigenen Erfahrungen aus dem Bereich der Caritas sehr gut belegen. Dann gelingt es. Manchmal gelingt es aber auch nicht.

Die Mietkosten hängen auch mit den Investitionen bei den Baukosten zusammen. Wenn ich mir die letzten Neubauten, die geplant wurden, anschau, dann kann ich sagen: Ein Viertel dessen, was nach den gesetzlichen Regelungen zu erbringen ist, muss der Träger selber hinzuschießen. Das ist fast nicht möglich, was die Investitionen anbetrifft. Von daher ist da dringend geboten, die Anpassung vor Ort vorzunehmen.

Das Zweite: Die Pauschalen, die nicht nach der Fortschreibungsrate nach KiBiz, sondern nach dem Allgemeinen Verbraucherindex für Deutschland dynamisiert werden, sind dann ein Problem, sobald die Fortschreibungsrate für die Kindpauschalen und die Steigerungsrate nach dem Allgemeinen Verbraucherindex auseinanderlaufen. Dann

kommt es zu Verwerfungen beim Mietzuschuss. Da ist ein systematisches Problem, das tatsächlich mitberücksichtigt werden muss.

Aus der letzten Runde bin ich Frau Woestmann noch einen Hinweis schuldig – das möchte ich gerade nachtragen –, welche Tätigkeitsfelder in der Overhead-Entlastung infrage kämen. Das sind Punkte wie Verwaltung, Qualitätsmanagement, Kinderschutz, Hauswirtschaft und Personalentwicklung, also alles die Dinge, die nicht unmittelbar mit dem pädagogischen Bereich zu tun haben. Die müsste man sich noch mal gesondert anschauen. Es gibt einen Punkt, der mit Ergänzungskräften und praxisintegrierten Kinderhelfenden auch zu tun hat, nämlich die Frage der Anleitung und der Begleitung.

Wenn wir in diese Richtung investieren wollen und zusätzliche Kräfte für den Betrieb gewinnen wollen, dann müssen wir in die Begleitung und Personalentwicklung investieren. Wir sagen dazu, dass es Freistellungen für Leitungen geben muss. Das ist im Eckpunktepapier der LAG FW mit beschrieben worden. Wir glauben, nach den neuesten Überlegungen auch zu QiK, die im MKJFGFI mit bedacht werden, dass auch in der Anleitung entsprechende Personalressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen.

Und zu dem Punkt Einliederungshilfe würde Frau Prott, wenn es geht, noch etwas sagen.

Sabine Prott (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen): Frau Woestmann, Sie hatten nach dem Einsatz der erhöhten Kindpauschale im Kinderbildungsgesetz gefragt. Im Gesetz, im KiBiz gibt es die Vorgabe, die Kindpauschale soll eingesetzt werden für die Arbeit von Kindern mit und ohne Behinderung. Hier haben wir eine Pauschalfinanzierung, die sich nicht unbedingt an das Kind direkt richtet, sondern an die gemeinsame Bildung, Erziehung und Betreuung.

Jetzt steht das in Zusammenhang mit den EGH-Leistungen. Die EGH-Leistungen schreiben vor, dass nach dem Prinzip der Nachrangigkeit über die erhöhte Kindpauschale KiBiz entsprechend Fachkraftstunden aufgebaut werden müssen, bis überhaupt EGH-Leistungen fließen können. Das heißt, hier greifen zwei Rechtskreise ineinander, die unseres Erachtens nicht kompatibel sind, was seit Monaten oder Jahren zu ständigen Diskussionen und Auseinandersetzungen führt, wobei man sich nicht einigt, wie genau das abgebildet werden soll.

Da muss unseres Erachtens im Zuge der KiBiz-Novellierung unbedingt ein Fokus drauf gerichtet werden, wie man dieses Thema stärker in Beziehung bringen kann, ohne dass da ein Eingriff erfolgt, der eigentlich im KiBiz so nicht formuliert ist.

(Zuruf von Eileen Woestmann [GRÜNE])

– Es geht auch um Basisleistung 1.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Dann kommen wir zu Herrn Dornhöfer. Es gab eine Frage von den Grünen. Bitte, Herr Dornhöfer.

Felix Dornhöfer (Der Paritätische, Kreisgruppe Siegen-Wittgenstein/Olpe): Die Frage bezüglich der Eingliederungshilfe im KiBiz: Ich kann dem nichts hinzufügen, was Frau Prott hier vorgebracht hat. Ganz im Gegenteil, ich möchte das noch mal bestärken, danke.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Ja, prima. – Dann kommen wir zum Landeselternbeirat. Da gab es noch Fragen von CDU und Grünen. Frau Heimann, bitte.

Daniela Heimann (Landeselternbeirat NRW): Herr Kamieth hatte nochmal nachgefragt, was Eltern denn bereit sind zu tun. Tatsächlich würde ich das dreigliedrig beantworten wollen. Ich hatte vorhin schon gesagt, wenn wir über die Öffnungszeiten der Kitas sprechen, glaube ich, haben wir vor Monaten schon sehr lautstark den Elternwillen transportiert, dass man Öffnungszeiten tunlichst nicht pauschal reduzieren sollte, weil Eltern einen gewissen Umfang am Tag abgedeckt benötigen, um den eigenen Verpflichtungen nachgehen zu können.

Wohl aber haben wir signalisiert, dass Eltern derzeit verstärkt an uns herantreten und sagen, dass sie offen sind für Diskussionen um Kernzeiten, sprich eine Diskussion darüber, ob man einen Kita-Alltag möglicherweise unterteilen kann in Kernzeiten, in denen vorrangig Bildungsangebote unterbreitet werden, und in sogenannte Randzeiten, in denen Gruppen verstärkt zusammengelegt werden und möglicherweise auch unterstützende Kräfte zum Einsatz kommen.

Wir haben in der Stellungnahme zum Ausdruck gebracht, dass wir uns elternseitig vorstellen können, die Personalverordnung, die im Vergleich zu einer Gesetzesreform relativ leicht geändert werden könnte, interimswise zu öffnen und ergänzende Kräfte in Kitas einsatzfähig zu machen. Unter anderem haben wir uns auch schon mal öffentlich geäußert, dass Ergänzungskräfte vielleicht in bestimmten Gruppentypen auch mehr Verantwortung übernehmen könnten, sollten. Ob der Träger das dann macht, sei ihm selbst überlassen. Aber wir glauben, bevor man eine Kita schließt oder eine Notbetreuung in einer anderen fremden Einrichtung anbietet, macht es durchaus Sinn, in der vorhandenen Einrichtung die Kinder mit den bekannten Personen zu betreuen.

Der dritte Punkt wäre dann, dass man über Stundenkontingente noch mal nachdenkt. Wir haben mehrfach gesagt, die 10-Stunden-Buchungsschritte sind aus Elternsicht nicht unbedingt sehr praxisnah. Wenn ich beispielsweise einen 35 Stunden- Arbeitsvertrag habe, dann reichen mir 35 Stunden Buchungszeit in der Kita in der Regel nicht, weil ich eine Wegestrecke mit abbilden muss. Ich brauche aber nicht zwingend 45 Stunden. Ich glaube, wenn man da einfach reale Elternbedarfe abfragt und möglicherweise guckt, wie man das flexibler ausgestalten kann, hat man am Ende auf der Personalseite auch noch einen Zugewinn.

Ich würde gerne noch einen Punkt ergänzen, weil hier über Insolvenzen gesprochen wurde. Oftmals ist es so, Kita-Träger gehen nicht insolvent, die geben an die Kommune zurück. Das geht meistens einher mit vorherigen Diskussionen um Übernahme von Trägeranteilen. Es ist üblich, dass freie Träger auf Kommunen zugehen und sagen:

Übernimm doch meine Trägeranteile! Dann nehme ich dich nicht in die Pflicht und halte die Kita offen.

Das führt oftmals dazu, dass Eltern dann auch verstärkt zur Kasse gebeten werden, weil die Kommune sagt: Wenn wir Trägeranteile übernehmen, müssen wir auch Elternbeiträge erhöhen. Ich wollte zumindest nochmal zu bedenken geben, dass wir uns in dem Sinne natürlich auch stark dafür machen dafür, dass Trägeranteile sinnvoll ausgestaltet werden, um Eltern nicht zusätzlich zu belasten.

Frau Woestmann hatte auch noch eine Frage gestellt, die möchte ich nicht liegen lassen, nur kurz: Sie hatte nach dem Platzausbau gefragt, ob das möglicherweise ein Thema wäre. Wir sind der Meinung, dass man auch erstmal real hinguckt, was sich Eltern überhaupt wünschen. Zu Wunsch- und Wahlrechten kommen wir nachher im zweiten Teil nochmal. Wenn man schaut, was Eltern tatsächlich an Betreuung wünschen, dann kann es kommunal so sein, dass gar kein Platzausbau mehr notwendig ist, weil die Kindertagespflege Angebote vorhält. Wenn man da einfach mal hinguckt, was sich Eltern wünschen und wenn man flexibler ausgestaltet, dass auch unterjährig möglicherweise gewechselt werden kann, dann, glaube ich, gibt es Kommunen, die durchaus an der Bedarfsgrenze angekommen sind, wo nicht zwingend weiter ausgebaut werden muss.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank, Frau Heimann. – Dann kommen wir jetzt zu Herrn Fuchs, der uns per Videoschaltung zugeschaltet ist. Herr Fuchs, seien Sie herzlich willkommen in der Runde! Sie haben Fragen von CDU und Grünen. Bitte!

Tilman Fuchs (Kreis Steinfurt, Dezernent für Schule, Kultur, Sport, Jugend und Soziales [per Video zugeschaltet]): Erstmal viele Grüße in den Landtag aus dem schönen Kreis Steinfurt. Zwei Fragen habe ich mir notiert. Herr Kamieth fragte nach den Auswirkungen eines möglichen Förderstopps. Wir haben seit 2019, also in den letzten fünf Jahren, 20 neue Einrichtungen errichtet mit 100 neuen Gruppen. Im letzten Jahr, also vom Kindergartenjahr 22/23 zu 23/24, waren es nochmal 7 Einrichtungen und 26 Gruppen.

Wenn man davon ausgeht, dass für fast alle dieser Vorhaben Fördermittel beantragt werden, dann würde das einen immensen Ausbaustopp bedeuten, den wir hätten umsetzen müssen, wenn wir den Investitionsbedarf nicht kommunal hätten decken können. Das ganz konkret zu den Zahlen.

Die Frage von Frau Woestmann zum Thema „Personalschlüssel“, „Einsatz von Ergänzungskräften“: Da kann ich gut anschließen. Ich glaube auch, dass wir hinkommen müssen zu mehr Verantwortung, zum Beispiel für Ergänzungskräfte an bestimmten Stellen, da wo das tatsächlich auch angezeigt ist, aufgrund von Berufserfahrung und so weiter. Wir haben im Rahmen des Modellprogramms QiK, bei dem wir mitdenken durften, mitkonzeptionieren durften, ein sogenanntes Fahrstrommodell entwickelt. Da haben wir gesagt: An den Stellen, an denen Ergänzungskräfte die Erfahrung haben, wo sie mehr Verantwortung übernehmen können, da können wir uns vorstellen, dass QiK-Kräfte für diese Ergänzungskräfte quasi ergänzend auch tätig sind.

Ich glaube, dass wir da gemeinsam an verschiedenen Stellen Möglichkeiten finden, um die Personalsituation zu stabilisieren. Erlauben Sie mir einen letzten Hinweis auf ein kommunales Programm, das wir seit einigen Jahren umsetzen. Wir nehmen eigenes Geld in die Hand, hier im Kreis Steinfurt, um Hauswirtschaftskräfte zu finanzieren, um die Situation für Erzieherinnen und Erzieher, egal, ob Ergänzung oder Fachkraftstellen, zu verbessern, um da eine Entlastung hinzubekommen, gerade im Bereich der Versorgung, im Bereich des Mittagessens.

Das sind alles, glaube ich, Schritte, die wir denken müssen, um die Einrichtungen zu stabilisieren. Dann, glaube ich, tatsächlich, dass wir einen weiteren Ausbau, der sich tatsächlich aber auch verlangsamt hat, sicherstellen können.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank, Herr Fuchs. – Dann kommen wir zum Deutschen Kitaverband nochmal. Und zwar gab es noch eine Frage von der AfD. Herr Bracht!

Marcus Bracht (Deutscher Kitaverband, Landesverband Nordrhein-Westfalen): Ja, gern. Über das Thema „Insolvenzen“ ist gerade schon genug berichtet worden. Ich glaube auch, dass das nicht der richtige Indikator ist, um die Krise im Bereich Kita festzumachen, weil vorher die Träger schon alle Mittel ausgenutzt haben, sei es nach Trägeranteilen zu fragen, sei es Rücklagen aufzubreuchen, die uns in Zukunft wieder fehlen werden.

Da gibt es bestimmt Träger, die im Moment am Limit sind. Ich selbst kenne Träger, die dadurch, dass sie noch Mittel aus den Verwendungsnachweisen haben – das heißt, die Verwendungsnachweisen sind noch nicht abgerechnet –, genug liquide Mittel haben, um im Moment gut wirtschaften zu können. Aber es sind auch nur liquide Mittel, die denen eigentlich nicht mehr zustehen, wenn der Verwendungsnachweis kommt. Und da kommen einige schon in Schwierigkeiten.

Ich kenne Fälle, in denen jetzt Verwendungsnachweise von 2016, 2017 – das ist die Größenordnung – entsprechend abgerechnet werden, wo die Träger wirklich in Schwierigkeiten kommen. Deshalb: Insolvenzen sind, glaube ich, nicht das richtige Mittel, um da zu sehen, wie tief die Krise ist. Leider ist es bei uns nicht wie im Brückenbau, dass man sehen kann, wenn eine Brücke zusammenstürzt, wie die Carolabrücke. Da kann man es sehr explizit sehen, wenn die Krise da ist. Bei uns ist der Mechanismus, glaube ich, ein anderer.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank, Herr Bracht. – Dann kommen wir zur letzten Frage in dem Bereich. Und zwar ist das Kita Bündnis nochmal angesprochen worden von den Grünen, von Frau Woestmann. – Herr Körner.

Marek Körner (Kita Bündnis NRW): Ja, vielen Dank. Einmal zur Fragestellung nach dem Key-Account-Manager: Im Kita Bündnis sind Key-Account-Manager kein Begriff. Sie sind uns auch nicht bekannt. Was wir kennen, ist das sogenannte Ausfallmanage-

ment. Das bezieht sich auf das Managen von Personalunterdeckung. Aber Key-Account-Manager kennen wir in diesem Fall so nicht.

Sie hatten gefragt nach dem Kita-Platz-Ausbau, der Möglichkeit der Einschränkung. Wir sprechen uns eindeutig dagegen aus. Wir sind der Überzeugung, wir sollten den Kita-Ausbau nach dem entsprechenden Bedarf der Familien und der Kinder beibehalten. Natürlich ist das eine Schwierigkeit an sich, weil das Fachkräftepersonal fehlt und weil die finanziellen Strukturen momentan unter Last sind. Aber die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist uns ein großes Gut.

Auch die Familienunternehmen, die jungen Unternehmen in NRW haben nochmal aufgezeigt, dass insgesamt 21% der Unternehmen zurückgemeldet haben, dass sich diese Kita-Problematik momentan auch auf ihre Unternehmen und auf die Arbeitsfähigkeit ihrer Mitarbeiterinnen auswirkt. Wenn wir den Kita-Ausbau nicht machen würden, dann würden wir das gesamte System, an dem Punkt auch das wirtschaftliche System, in Frage stellen.

Zudem ist uns noch wichtig, dass es um Kinder mit besonderen Bedarfen geht. Das hatten Sie auch angesprochen im Rahmen des Inklusionsplatzes, aber auch Kinder in besonderen Lebenslagen, auch Familien in besonderen Lebenslagen, die von dem elementarpädagogischen System der Kinderbetreuung profitieren, gerade in der Sprachentwicklung. Das ist ein sehr wichtiger Bereich, der uns in der Bildungsentwicklung von kleinen Kindern voranbringt. Das sollten wir in jedem Fall durch die Kita weiter aufrechterhalten.

Zum Schluss noch mal zur Inklusionspauschale: Das ist vom Prinzip her eine gute Methodik. Die Inklusion findet in unseren Gruppen statt durch alle Mitarbeiterinnen der jeweiligen Gruppe und wird nicht spezialisiert. Aber wir wollen die Mittel, die wir bekommen, für Personal einsetzen. Wir haben fehlendes Personal, wir haben einen Personalmangel und müssen dafür sorgen, dass wir das Inklusionspersonal mit den 15, 30 oder 45 Stunden aufbauen können, je nach Anzahl der Inklusionskinder. Das ist eine Schlüsselstelle des fehlenden Personals.

Das nächste Problem ist das schleppende Diagnoseverfahren, dass die Kinder dort sehr schnell und auch adäquat inhaltlich, auch zeitlich in unser System aufgenommen werden können. Die Diagnostik braucht manchmal acht bis zwölf Monate, bis es zum Gutachten kommt. Das ist sehr schleppend.

Am Schluss möchte ich gerne noch mal überleiten an Frau Jansen, wenn Sie mir erlauben, Herr Vorsitzender, die die Frage nach den Ergänzungskräften beantworten wird.

Ute Jansen (Kita Bündnis NRW): Ja, das war, glaube ich, die Frage nach den Ergänzungskräften, die denkbar sind. Vorweg will ich einmal sagen: Ich bin seit 45 Jahren in diesem Arbeitsfeld tätig. Ich glaube, wir haben uns mühsam erarbeitet, Kitas als Bildungsorte zu sehen und haben das Fachkräftegebot. Ich finde, nach wie vor – das ist unsere Meinung – sollte das Fachkräftegebot gelten – und dann kommt ein Aber. Ich glaube, in dem System sind auch die Ergänzungskräfte wichtige Kräfte. Das sehen

wir auch. Gerade denen, die sehr langjährig im System sind, viel Praxiserfahrung haben, kann man an der Stelle sicherlich auch das eine oder andere mehr zumuten, als es jetzt der Fall ist.

Dennoch, finde ich, muss man gut hinschauen. Wir haben unterschiedliche Menschen, die das ausfüllen. Wir haben manchmal Erzieherinnen, die sich vielleicht von den Kinderpflegerinnen noch was abgucken können. Das ist manchmal so und umgekehrt. Ergänzend bilden sie dann ein gutes Team. Ich finde auch, dass wir jetzt in Situationen leben – das hat auch die Landeselternbeiratsvorsitzende gesagt –, in denen wir handeln müssen. Wir haben Ergänzungskräfte im System. Da müssen wir schauen, dass sie nicht nur im Gruppentyp 3 einsetzbar sind, sondern auch in 1 und 2. Das wäre ja schon mal hilfreich an der Stelle.

Wir haben als Träger – das kriegen wir auch dauernd zu hören, manche denken, im Wort „Träger“ steckt das Wort „träge“, aber das finde ich gar nicht, wenn ich mich so im Bündnis umgucke – eine hohe Verantwortung, die uns auch ganz oft zugespielt wird, wenn gesagt wird: Da kann der Träger für sorgen. Ich glaube, es ist auch wichtig da hinzugucken, welche Personen denn da geeignet sind. Und das sind leider aber auch nicht immer alle. Ich halte das schon für eine große Herausforderung.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Ja, vielen Dank, vor allen Dingen für die vielen Fragen und die umfangreichen Antworten. Ich gucke jetzt noch mal in die Runde. Zu dem Themenkomplex sehe ich jetzt keine weiteren Fragen.

Dann kommen wir zu dem Bereich Kindertagespflege. Wir fangen an jetzt wieder mit der CDU. Herr Kamieth, bitte.

Jens Kamieth (CDU): Schönen Dank, Herr Vorsitzender. Unsere Fragen: Die erste geht an die kommunalen Spitzenverbände. Sie schreiben: „Schließlich muss die Kindertagespflege als gleichberechtigte Angebot der Kindertagesbetreuung endlich angemessen finanziert werden.“ Unsere Frage ist, wann und wie Ihrer Meinung nach dieser Status erreicht ist.

Dann noch eine Frage an Herrn Fuchs. Mit Blick auf die Kindertagespflege schreiben Sie: „Die Erfahrungen im Kreisjugendamt Steinfurt zeigen, dass durch verlässliche Rahmenbedingungen für die Kindertagespflege ein attraktives Betätigungsfeld geschaffen werden kann.“ Uns würde interessieren, wie im Kreisjugendamt Steinfurt dafür gearbeitet wird, dass diese Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Der Landesverband Kindertagespflege führt aus, dass aktuelle Zahlen vorliegen, dass die Zahl der Kindertagespflegepersonen in Nordrhein-Westfalen wieder zurückgegangen ist, immerhin um 413 Kindertagespflegepersonen. Das ist schon eine ziemlich relevante Größenordnung. Darum an den Landesverband und an das Netzwerk Kindertagespflege die Frage, wenn man jetzt die QHB-Formate, also die Ausbildung, die Fortbildung in dem Bereich, besser finanzieren könnte: Könnte das einen Beitrag dazu leisten, dass es wieder in die andere Richtung geht?

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (34.)

24.09.2024

Ausschuss für Heimat und Kommunales (52.)

sd

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Und inwiefern würde es auch nützen, diejenigen, die mit einer 160-Stunden-Qualifizierung im System sind, weiter zu qualifizieren? Wäre das nur eine Frage der Qualität, oder würde das auch Beschäftigung in diesem Bereich sichern?

Die zweite Frage geht an das Netzwerk und an die Kölner Kindertagespflege. Gerade am Beispiel der Kölner Kindertagespflege ist ausgeführt worden, wie die Situation vor Ort ist. Die Frage der Dynamisierung spielt da eine große Rolle, die als unzureichend bezeichnet wird. Vor allen Dingen gibt es eine Diskrepanz zwischen der Förderleistung und den Mitteln, die für Sachkosten aufgewandt werden. Wenn Sie da vielleicht einmal mit der Kölner Perspektive und dann vielleicht mit der Perspektive des Netzwerks auf die Problematik eingehen könnten!

Und Herr Vorsitzender, wenn ich darf, würde ich daran anschließend auch die kommunalen Spitzenverbände bitten, einzuschätzen, warum die Lage in Nordrhein-Westfalen doch so unterschiedlich ist. Wir haben im Gesetz stehen, dass die Höhe der laufenden Geldleistung jährlich angepasst wird. Warum ist das dann so unterschiedlich in den einzelnen Jugendamtsbezirken? Und wie müssen wir das denn ändern, damit wir da eine stärkere Einheitlichkeit hinbekommen?

Eileen Woestmann (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich würde gerne meine erste Frage an den Landesverband der Kindertagespflege stellen. Und zwar gab es in mehreren Zeitungsberichten den Hinweis darauf, dass Plätze bei der Kindertagespflege freigeblieben sind und nicht voll ausgefüllt wurden. Wie erklären Sie sich diese Situation und wie kann unter Umständen dafür gesorgt werden, dass da eine bessere – ich sag mal – Verzahnung stattfinden kann, dass nicht Eltern auf der einen Seite keinen Kita-Platz bekommen und auf der anderen Seite Plätze frei bleiben?

Glauben Sie, dass das ein Zustand ist, der dieses Jahr – aus welchen Gründen auch immer – einmalig ist? Oder ist es eher etwas, was uns auch in der Zukunft ... Sie können nicht in die Glaskugel gucken, das ist mir vollkommen klar: Aber gibt es schon Tendenzen in die Richtung?

Und dann noch eine Frage ans Netzwerk Kindertagespflege. Sie haben in Ihrer Stellungnahme geschrieben, dass es Kommunen gibt, die zu Unrecht Landesmittel in Anspruch genommen haben. Können Sie diesen Punkt nochmal erklären? Der ist mir nicht so ganz geläufig. Danke schön.

Zacharias Schalley (AfD): Ich würde direkt an die Frage der Kollegin Woestmann anknüpfen und die kommunalen Spitzenverbänden fragen: Vielleicht können Sie mal schildern, was für Erfahrungen es in den Kommunen gibt, was die Vermittlung an Kindertagespflegestellen angeht, wo es dann zu einem Fall kommen kann, dass Tagespflegeplätze unbesetzt bleiben, obwohl es eigentlich hohen Bedarf gibt.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank, Herr Schalley. – Dann kommen wir zur Beantwortung der Fragen und fangen an mit Herrn Dr. Menzel oder Herrn Dr. Zentara. Das ist ja meistens an beide gerichtet. Sie können das gerne untereinander aushandeln.

Und zwar waren das Fragen von CDU, SPD und AfD. Wer möchte? – Herr Dr. Menzel, bitte.

Dr. Matthias Menzel (Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen): Ich fange mal an. Zunächst die Frage von Herrn Kamieth: Da ging es um gleichberechtigtes Angebot, das, was wir in unserer Stellungnahme dazu ausgeführt hatten, wann der Status erreicht ist. Ich sage mal jetzt: Ein genaues Zahlentableau im Hinblick aufs KiBiz können wir aktuell nicht vorlegen. Das wäre etwas für eine Arbeitsgruppe, in der man das ausarbeitet. Für uns ist im Moment das zentrale Thema – wir hatten das eben schon ausgeführt – die Verhandlungen zum Belastungsausgleich. Denn da werden die Kommunen im Grunde genommen für das, was im U3-Bereich passiert – davon ist die Kindertagespflege ganz maßgeblich betroffen –, was sie leisten, entschädigt.

Da haben wir die Situation, dass seit Jahren nach unserer Auffassung das Land nicht die tatsächlichen Kosten abbildet. Der erste Schritt, wie gesagt, wäre aus unserer Sicht, dass man beim Thema „Belastungsausgleich“ gemeinsam mit dem Land zu einem Konsens kommen würde. Das wäre sinnvoll.

Herr Dr. Maelzer, Sie hatten nach der Höhe der laufenden Geldleistung gefragt, die anzupassen. Es geht ein bisschen in die ähnliche Richtung. Wir glauben, dass hier ebenfalls durch eine stärkere Landesfinanzierung eine Entlastung der Kommunen eintreten kann. Es mag in Einzelfällen Probleme geben bei Kommunen, die in der Haushaltssicherung sind, die dann möglicherweise etwas zurückhaltend sind.

Wie gesagt, eine stärkere Finanzierung des Landesanteils, aber auch das Thema, das ich zum Belastungsausgleich ausgeführt habe, würde unseres Erachtens zu einer Verbesserung der Situation führen.

Herr Schalley, Sie hatten nach dem Thema „Vermittlung Kindertagespflegestellenbedarf“ gefragt. Dazu haben wir aktuell keine Rückmeldung aus der Praxis. Möglich ist – das wäre etwas, was wir noch mal näher überprüfen müssten –, dass im U3-Bereich mehr Plätze von den Kitas angeboten worden sind, möglicherweise auch, weil sie finanziell attraktiv sind, sodass in der Praxis weniger Plätze im Bereich Tagespflege abgerufen worden sind. Das müsste aber im Einzelnen in Praktikerrunden noch verifiziert werden. Das ist bislang nur eine Vermutung.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank, Herr Dr. Menzel. Wie immer: Herr Dr. Zentara, möchten Sie ergänzen?

Dr. Kai Zentara (Landkreistag Nordrhein-Westfalen): Ich kann ja nicht großartig ergänzen, was Herr Menzel gesagt hat. Wir liegen da im BAG-JH noch auseinander sowohl, was die entsprechenden Stundensätze, auch was die Stundenzahlen anbetrifft. Da ist die Hoffnung, dass wir uns noch einigen. Wenn man das wirklich, Herr Kamieth, im Einzelnen ausrechnen wollte – das kann man natürlich machen. Aber ich meine, das wäre jetzt eher Gegenstand der Verhandlungen, die zu führen sind.

Was die Frage von Herrn Schalley anbetrifft: Sie kommen ja auch aus Meerbusch, glaube ich. In der Nachbarstadt Kaarst ist es in der Presse gewesen – das habe ich zufällig gelesen –, dass da die Tagesmütter die Befürchtung haben, wegzubrechen, weil sie nicht mehr so viel Nachfrage erfahren. Das heißt, aus meiner Sicht müsste man da tatsächlich ansetzen. Ich weiß nicht, ob Frau Konrath auch noch Erkenntnisse dazu hat, wie sich das darstellt. Aber aktives Wissen dazu haben wir im Moment nicht.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank. – Dann kommen wir zum Landesverband Kindertagespflege. Und zwar waren das Fragen von FDP, SPD und Grünen. Frau Konrath, bitte.

Bettina Konrath (Landesverband Kindertagespflege NRW): Vielen Dank, dass wir uns dazu äußern können. Wir haben die Informationen nicht allumfänglich, aber schon einige. Das Thema war, warum gibt es freie Plätze in der Kindertagespflege, obwohl Eltern suchen und Kitas lange Wartelisten haben? Das liegt an ganz unterschiedlichen Dingen. Gerade bei den unter dreijährigen Kindern können wir zum einen beobachten: Es gibt einen Rückgang der Geburten, sehr unterschiedlich im Ruhrgebiet, in den verschiedenen Kommunen. Wir haben zum anderen aber auch Eltern, die gerade nach Corona ihre Lebensplanung etwas verändert haben. Und das ist häufig so, weil sie nicht die Angebote finden. Auch in Kitas geht es häufig zulasten der Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit teilweise zurückstellen. Es gibt Homeoffice – Homeoffice mit Kindern, das können wir vergessen, das wissen wir alle, das geht nicht –, was häufig dazu führt, dass es gerade die Frauen sind, die abends und nachts arbeiten, um ihre Arbeit fertig zu bekommen.

Das heißt, wir haben da eine sehr unterschiedliche Entwicklung. Wir haben aufgrund der Finanzierung in den Kitas die Situation, dass es für Kitas interessant ist, die noch Zweijährigen und nicht erst die Dreijährigen aufzunehmen. Darüber hinaus beginnt das Kitajahr am 01.08. Nicht alle Kinder werden Kitajahr konform geboren, sodass wir in der Kindertagespflege, in der wir die Kinder auch unterjährig aufnehmen, die Situation haben, dass es für Kindertagespflegepersonen wenig interessant ist, ein Kind aufzunehmen, das drei Monate bleibt und dann in die Kita geht. Geworben wird natürlich. Die Kitas können nicht für das nächste Jahr einen Platz versprechen und sagen: Lassen Sie Ihr Kind mit Drei noch in der Kindertagespflege, und dann kommt es in die Kita.

Ich denke, da müssen wir eng mit den Kitas zusammenarbeiten. Das, was nicht passieren darf, ist ein Gegeneinander. Wir müssen stark aufpassen, dass wir miteinander arbeiten und uns nicht gegeneinanderstellen. Das ist in niemandes Sinn.

Dann zum Rückgang der Kindertagespflegepersonen, den sprachen Sie ja an, Herr Maelzer: Den Rückgang können wir aufgrund der neuen Statistik von IT.NRW klar benennen. Die Situation ist auch eine Folge von Corona. Es haben Kindertagespflegepersonen in der Coronazeit aufgehört. Wir haben die Meldung, dass Plätze nicht belegt sind. Wie lange kann es sich eine Kindertagespflegeperson leisten, einen Platz freizuhalten? Es gibt ja keine Finanzierung, keine laufende Geldleistung, wenn der Platz nicht besetzt ist.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (34.)

24.09.2024

Ausschuss für Heimat und Kommunales (52.)

sd

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Das heißt, wir haben einen Rückgang. Was noch dazu kommt, ist die Demografie. Viele Kindertagespflegepersonen, die in den 70er-, 80er-Jahren mit Kindertagespflege angefangen haben, gehen in Rente. Wenn man sich die Altersstruktur anguckt, sieht man: Das passiert demnächst immer stärker. Das heißt, die fallen weg. Wir suchen neue, und die Frage ist natürlich: Wie können wir die gewinnen?

Bei der Frage, ob die QHB-Finanzierung dazu beitragen würde, wenn es mehr als 2.000 Euro sind, kann ich Ihnen nur voll und ganz zustimmen. In den Kommunen, in denen die Kosten fürs QHB für die Teilnehmenden hoch liegen, finden wir natürlich auch nicht so viele Kindertagespflegepersonen. Eine QHB-Finanzierung bei den 300 Unterrichtseinheiten kann schnell bei 5.000 Euro pro Person liegen. Das heißt, 2.000 Euro, die vom Land kommen, kommen runter. Dann sind es immer noch 3.000 Euro. Das muss man sich erstmal im Vorfeld leisten können. Eine höhere Finanzierung sehr gerne, das würde sicher helfen.

Was wir nicht vergessen dürfen: Wir reden immer von den Kindertagespflegepersonen, die kommen sollen, die neuen, die wir anwerben. Die, die da sind, dürfen wir auf gar keinen Fall vergessen. Das sind die, die uns durch Corona gebracht haben, die in den Zeiten, wo Kitas nicht betreuen durften, Kinder betreut haben. Das heißt, da sollte man 160+ Stunden QHB anbieten – das mit einem verträglichen oder finanzierbaren Kostenanteil. Da sind wir als Landesverband sehr dafür, dass die Finanzierung auch für die 140 Stunden übernommen werden sollte, die im Anschluss von den Personen gemacht werden, die vorher das DJI-Curriculum absolviert haben. Das hilft auf jeden Fall.

Ganz wichtig sind die Randbedingungen. Wir können noch so viel werben – wir haben unterschiedliche Finanzierungen in den Kommunen. Mehr Einheitlichkeit würde da definitiv helfen, danke.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank, Frau Conrad. – Dann kommen wir nochmal zu Herrn Fuchs. Herr Fuchs, Sie hatten noch eine Frage von der CDU, bitte schön.

Tilman Fuchs (Kreis Steinfurt, Dezernent für Schule, Kultur, Sport, Jugend und Soziales [per Video zugeschaltet]): Da ging es mehr um die Randbedingungen, die quasi sicherstellen, dass das ein attraktives Arbeitsfeld ist. Das fängt tatsächlich bei vielen Dingen an, die gerade meine Vorrednerin auch schon benannt hat. Wenn wir es schaffen – so setzen wir es hier im Kreis Steinfurt um –, dass bei der Anmeldung Kindertagesbetreuung, Tagespflege und Kitas in einem gemeinsamen System gleichberechtigt sind und die Kitas und die Tagespflegepersonen gemeinsam quasi bei der Anmeldung schauen, wer welchen Platz bekommt – natürlich immer nach den rechtlichen Vorgaben bzw. dem Rechtsanspruch –, dann ist das der erste Schritt, dieses Arbeitsfeld attraktiv zu machen.

Dann geht es natürlich um die Bezahlung zum Beispiel der Qualifizierung. Es geht um Investitionskosten, auch bei Großtagespflege. Es geht um attraktive Vertretungsmo-
delle. Das alles sind Dinge, die wir kommunal gestalten können. Und um da nochmal auf die Frage der angemessenen Finanzierung einzugehen: Natürlich kostet uns das alles kommunales Geld, das man tatsächlich im Moment sehr unterschiedlich in den

Kommunen umsetzt, wobei der Landesbeitrag an der Stelle im Moment nicht für alle aus unserer Sicht notwendigen Dinge auskömmlich ist.

Das wäre dann hochzurechnen. Dann könnte man da sicherlich auch zu einem Wert kommen, der quasi auch inhaltlich die Attraktivität des Arbeitsfeldes ausmacht. Von daher glaube ich: Da gibt es viele Möglichkeiten. Ich will nicht verhehlen, dass auch bei uns die Anzahl der Tagespflegepersonen rückläufig ist. Das hat etwas mit Demografie und auch damit zu tun, dass wir einen großen Bedarf von Menschen in Einrichtungen haben, die sich in der Tagespflege qualifiziert haben und sagen: Jetzt gehe ich lieber aus der Selbstständigkeit raus und gehe in eine Einrichtung. Von daher steht das in einem engen Zusammenhang miteinander.

Trotzdem glauben wir, dass wir mit den Rahmenbedingungen viel gestalten können, um das Arbeitsfeld so attraktiv zu machen, dass wir auch weiterhin Tagespflegepersonen finden.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank, Herr Fuchs. – Dann kommen wir zur Kindertagespflege. Und zwar gab es eine Frage von Herrn Hafke von der FDP. Frau Birkenfeld, bitte.

Alice Birkenfeld (Kölner Kindertagespflege): Ich würde gerne die Frage beantworten, ob QHB hilft, den Bestand von Kindertagespflegepersonen zu sichern. Das wäre nur dann der Fall, wenn eine Kindertagespflegeperson, die QHB absolviert hat, auch entsprechend besser gefördert werden würde als eine Kindertagespflegeperson, die diese tätigkeitsbegleitende Qualifizierung nicht absolviert hat.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank. – Dann kommen wir zum Netzwerk Kindertagespflege. Da gab es Fragen von FDP, SPD und Grünen, Frau Böttcher.

Tanja Böttcher (Netzwerk Kindertagespflege NRW): Vielen herzlichen Dank für die Einladung! Herr Vorsitzender, liebe Anwesenden! Ich würde gerne als Erstes auf die Frage von Herrn Hafke eingehen. Er hatte konkret nach Maßnahmen gefragt, wie wir es erreichen können, dass Kinder in Kindertagespflege bleiben und nicht mit zwei Jahren dann in die Kitas wechseln, wenn das – das füge ich jetzt mal hinzu – nicht dem Elternwunsch entspricht, natürlich immer in Abhängigkeit von dem Elternwunsch.

Tatsächlich stellen wir das auch fest bei uns im Netzwerk. Es sind uns jetzt Kolleginnen und Kolleginnen aus über 100 Kommunen in NRW angeschlossen. Wir tauschen uns täglich aus. Wir erleben ganz massiv als Rückmeldung, dass Eltern von Zweijährigen, die die Kinder eigentlich bis zum Alter von drei Jahren in der Kindertagespflege belassen wollten, die Kinder in die Kitas geben, weil – das wurde auch schon angesprochen – die Problematik besteht, dass dem Kind mit drei Jahren kein Platz mehr angeboten werden kann oder kein Platz in Aussicht gestellt werden kann.

Wie könnte man das also verhindern, oder wie könnte man es optimieren? Aus unserer Sicht ist es ein systemisches Problem. Es hat zu tun mit den Kindpauschalen, die deutlich

erhöht sind für Kinder unter drei Jahren, wodurch aus finanzieller Sicht für die Kitas die Attraktivität erhöht ist, Plätze in dem Bereich zu schaffen. Wenn es um die Neuschaffung von Plätzen geht, dann geht es um Landesmittel, die dann wiederum ja gebunden sind, also Investitionsmittel. Es sind die Plätze gebunden vom Alter her in diesem Bereich. Für dieses Problem können weder die Kitas noch die Eltern etwas. Es ist dann einfach so, dass in den Kitas durch den massiven Platzausbau der U3-Plätze die Kinder die Plätze belegen für Dreijährige. Die Kinder werden ja irgendwann drei. Das ist nun mal Fakt. Dadurch fehlen dann in den Kitas die Plätze für Dreijährige.

Was könnte man tun? Man könnte im Rahmen der KiBiz-Novellierung, im Rahmen welcher Maßnahmen auch immer – da sind Sie die Profis – schauen, wie man die Attraktivität in den Kitas erhöhen kann, Plätze für Dreijährige zu schaffen, um dann auch Plätze für alle Dreijährigen wirklich bereitzustellen. Denn diese Kinder haben auch den Rechtsanspruch. Das darf man nicht vergessen. Unter drei ist der Rechtsanspruch auch in Kindertagespflege erfüllt und dann, wie gesagt, auch noch mal abhängig vom Elternwunsch.

Das heißt, wenn es ausreichend Plätze für Dreijährige gibt, dann auch in Vorbereitung auf die Schule, was auch ein ganz wichtiges Thema ist. Dann hätten wir auch nicht immer das Problem, dass Eltern, die gerne ihre Kinder bis zum Alter von drei Jahren in der Kindertagespflege belassen möchten, die Kinder aus der Not heraus mit zwei Jahren schon in die Kitas geben. Das ist das eine.

Was auch schon angesprochen wurde, Herr Fuchs hatte das angeschnitten: Gemeinsame elektronische Anmeldeverfahren sind eine Möglichkeit, alles zu erfassen und dann vielleicht auch mit Betreuungsvermerk, sodass die Kitas sehen: Ich habe hier ein zweijähriges Kind, das noch nirgendwo einen Platz hat. Und ich habe ein zweijähriges Kind, das eventuell schon versorgt ist. Wie sieht denn der Elternwunsch aus?

Frau Heimann hat die Bedarfsabfrage angesprochen. Was wünschen sich die Eltern eigentlich? Welche Plätze werden benötigt? Kindertagespflege, Kitas – um da wirklich auch dem Elternwunsch gerecht zu werden.

Jetzt gucke ich nochmal kurz auf den Zettel. Es ist, wie gesagt, einfach ein systemisches Problem, das angegangen werden könnte, um dem auch gerecht zu werden. Das war die Frage von Herrn Hafke.

Dann würde ich gerne auf die Frage eingehen von Herrn Dr. Maelzer zum QHB. Die Kollegin hatte das gerade auch schon kurz beantwortet. Definitiv, da stimmen wir auch dem Landesverband zu, sollte die Pauschale erhöht werden, die gemäß KiBiz für neu angehende Kindertagespflegepersonen gewährt wird, um es finanziell wirklich abzudecken. Die Kommunen sind oft finanziell in Not und können nicht alles alleine stemmen. Aber es geht auch um die Finanzierung der bereits Tätigen. Wenn man sich die Gesetzesbegründungen im KiBiz anschaut, dann heißt es da auch, dass perspektivisch alle Kindertagespflegepersonen nach QHB qualifiziert sein sollen.

Das sorgt für die Professionalisierung, es sorgt für die entsprechende Wertschätzung – und das ist momentan nicht gegeben. Das heißt, bestes Beispiel: Ich habe vor Kurzem den QHB 160+ absolviert mit vielen Kollegen und Kolleginnen aus demselben Kreis,

dem Rheinisch-Bergischen Kreis. Bei mir wurden die Kosten übernommen, bis auf einen geringen Eigenanteil. Ich hatte aber auch Kollegen und Kolleginnen im Kurs, die ihn komplett selbst tragen mussten. Das sind oft bis zu 2.500 Euro.

Man muss schon sehr engagiert und an der persönlichen Weiterbildung interessiert sein, um das zu investieren, weil wir so viel nun auch wieder nicht verdienen. Das befürworten wir absolut, so wie die Kollegin auch schon sagte. Um Kindertagespflegepersonen in dem Bereich zu halten, ist es natürlich interessant, in den Kommunen es so finanziell zu gestalten, dass es auch eine höhere, laufende Geldleistung gibt, wenn man die Zeit in diese Weiterbildung investiert. – Soll ich direkt auf die anderen Fragen auch eingehen, die gestellt wurden?

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Sie haben noch wenig Zeit, versuchen Sie es komplett zu machen.

Tanja Böttcher (Netzwerk Kindertagespflege NRW): Es waren sehr viele Fragen. Okay, dann gehe ich noch kurz auf die Dynamisierung ein, die Herr Dr. Maelzer angesprochen hatte. Sie haben es schon auf den Punkt gebracht, Herr Dr. Maelzer. Es ist von Anpassung die Rede. Wir haben 186 Kommunen in NRW, und jede Kommune legt es anders aus. Es gibt sogar den Fall, dass Anpassung nach unten definiert wird. Das ist auch eine Anpassung. Die Kommune hat weniger Geld zur Verfügung, dann wird die Dynamisierung nach unten angepasst.

Das heißt, das ist wie in vielen Bereichen bei uns: Da gibt es keinerlei Einheitlichkeit. Das reicht von Erhöhungen von 1% bis hin zu 5%, von wenigen Cent bis hin zu vielen Cent pro Stunde und Kind. Das ist ganz unterschiedlich ausgestaltet. Da fehlt einfach die konkrete Formulierung im KiBiz, wie bei so vielen Punkten die konkrete Formulierung im KiBiz fehlt.

Ich gehe direkt über zu dem, was Frau Woestmann fragte, die Landesmittel. § 24 KiBiz: Das ist ein klassisches Beispiel für gut gemeint, aber nicht gut gemacht. Es fehlen teilweise konkrete Angaben. Alle Kommunen legen es unterschiedlich aus. Und dann – das ist das, was aus dem Antrag der SPD ja auch hervorgeht – fehlt einfach die Kontrollinstanz. Frau Woestmann, Sie hatten mich gefragt, was konkret die KiBiz-Verstöße bedeuten. In § 24 KiBiz sind Punkte festgelegt, um die Qualität in der Kindertagespflege zu gewährleisten, um die Attraktivität der Kindertagespflege zu gewährleisten, um letztlich die Kindertagespflegepersonen zu unterstützen.

Wir hatten eine sehr umfangreiche Umfrage mit Stand vom 1.8.2021. Das ist ein bisschen her, aber seitdem hat sich tatsächlich nicht viel verändert. Als Beispiel: Betreuungsumfang. In 31 Kommunen konnte man den Betreuungsumfang nicht frei wählen. Teilgenommen haben 88 Kommunen von 186, also es sind noch nicht mal alle Kommunen, die teilgenommen haben. In acht Kommunen wurde nicht erhöht. In zwei Kommunen wurde die Vor- und Nachbereitungszeit nicht bezahlt. In einer wurde die Eingewöhnung gar nicht bezahlt. In sechs Kommunen wurden die Fehlzeiten der Tageskinder grundsätzlich in Abzug gebracht. In 25 Kommunen gab es keinerlei Vertretung.

Und das macht einfach klar: Es werden hier Steuermittel verwendet. Letztendlich werden die Gelder, die in den Kommunen zu Verfügung gestellt werden, die Landesmittel aus Steuergeldern finanziert. Aber niemand interessiert sich am Ende dafür, ob diese Bedingungen eingehalten werden. Was ich betonen möchte, ist: Es gibt großartige Kommunen, die wirklich tolle Rahmenbedingungen geschaffen haben und die noch weit über das hinausgehen, was gefordert wird. Aber wir haben auch die Kommunen, wo dies nicht der Fall ist, wo Bedingungen nicht erfüllt werden. Und trotzdem werden die Landesmittel in Anspruch genommen.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank. – Das waren wirklich viele Fragen. Deshalb habe ich es mal ein bisschen laufen lassen.

So, liebe Kolleginnen und Kollegen, es waren doch sehr viele sehr umfangreiche Fragen und Antworten. Der Landeselternbeirat hat noch etwas ganz Dringendes zu sagen.

Daniela Heimann (Landeselternbeirat NRW): Ja, weil der Herr Hafke nicht mehr anwesend ist, aber eine Frage für uns da gelassen hat. Die haben wir übergangen. Da würden wir gerne noch eine Antwort geben.

Herr Hafke hatte gefragt nach dem Wunsch- und Wahlrecht, was wir auch in der Stellungnahme betont hatten. Wunsch- und Wahlrecht ist den Eltern ein hohes Gut. Herr Hafke hatte gefragt, inwiefern man sich kommunal die Bälle zwischen Kita- und Kindertagespflege zuspieren kann, um dieses Wunsch- und Wahlrecht auch aufrechtzuerhalten. Da sind wir der Meinung, dass zum einen auch schon bei der Angebotsstruktur einfach das Problem besteht, dass in vielen Kommunen die Kita-Landschaft sehr transparent dargestellt ist. In vielen Kommunen fehlt es daran, dass man eine transparente Angebotsstruktur vorfindet, welche Kindertagespflegepersonen oder Großtagespflegestellen es überhaupt gibt, welche man in Anspruch nehmen könnte.

Da muss dringend was getan werden. Wir glauben auch, dass man sich die Überbelegungsmöglichkeiten in den Kitas vielleicht auch nochmal anschauen muss, ob es da was nachzuschärfen gibt, damit nicht von vornherein zum Start des Kita-Jahres schon Überbelegungsplätze voll ausgeschöpft werden und man doch die Möglichkeit hat, vielleicht unterjährig Kinder aus der Kindertagespflege aufzunehmen.

Aktuell sieht es eher so aus, dass die Plätze in der Regel belegt sind und man dann nur noch Härtefälle aufnehmen kann, bei denen der Rechtsanspruch hart durchgesetzt wird. Am Ende muss man sich vielleicht allgemein mal über das Thema „Stichtag“ unterhalten und überlegen, inwiefern man da mehr Flexibilität schaffen kann, unterjährig in beiden Systemen etwas zu tun.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank, Frau Heimann, auch dass Sie da aufgepasst haben und die Frage noch beantwortet haben. – So, jetzt gucke ich nochmal in die Runde. Gibt es noch irgendeine dringende Frage? – Herr Dr. Maelzer hat dann wahrscheinlich die letzte Frage. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann bitte Dennis direkt an den Adressaten.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Ich habe sogar **die** letzten Fragen. Einmal würde ich gerne Frau Birkenfeld nochmal die Gelegenheit geben. Ich hatte zum Thema „Dynamisierung“ gefragt. Ich glaube, es ist wichtig für uns, transparent zu machen: Wie ist denn eigentlich die Argumentation bei Ihnen vor Ort? Sie sagen, im Sachkostenbereich wird das auf einer ganz alten Basis gemacht. Ansonsten wurden 2% angenommen. Wie ist da das Verhältnis zwischen Kindertagespflege und Jugendamt? Und warum kommt es zu solchen Größenordnungen und nicht zu anderen? Da wird sich auch die Frage anschließen, ob dann nicht landesweit eine Dynamisierung, wie sie auch für Kitas der Fall ist, eigentlich der richtige Weg wäre.

An das Netzwerk Kindertagespflege und gerne auch an den Landesverband würde nochmal die Frage zum Thema „Eingewöhnungszeit“ gehen. Sie hatten das eben gestreift im Nebensatz, dass es da auch Problemlagen gibt. Die Frage ist: Wie müssten wir das anpassen? Wir hatten mal einen Fall aus – ist ja egal – einer schönen und sehr vermögenden Stadt am Rhein, wo das nicht vernünftig lief. Die Antwort der Landesregierung lautete sinngemäß, dass sie davon ausgeht, dass sich alle an Recht und Gesetz halten.

Offensichtlich scheint die Interpretation von Recht und Gesetz auch in dem Fall sehr unterschiedlich zu sein. Vielleicht haben Sie Hinweise, wie wir das stärker ausformulieren sollten. Dann gab es den Hinweis, dass es gut wäre, eine Schlichtungsstelle oder eine Anlaufstelle zu haben, an die man sich bei Konflikten wenden kann. Das war, glaube ich, auch vom Netzwerk angesprochen worden.

Da will ich gleich mal die Landesjugendämter fragen. Sie sagen sicherlich, wenn wir Ihnen diese Funktion zuweisen, dann machen Sie das. Bräuchten Sie landesseitig stärkere rechtliche Konkretisierungen, um so eine Funktion ausfüllen zu können, oder könnten Sie das auf der heutigen Basis auch schon?

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank. – Dann kommen wir jetzt in die letzte Beantwortungsrunde. Wir fangen hinten an. Angesprochen von Herrn Maelzer war das Netzwerk Kindertagespflege. Frau Böttcher, bitte.

Tanja Böttcher (Netzwerk Kindertagespflege NRW): Vielen Dank. – Herr Dr. Maelzer hatte die Frage zur Eingewöhnung gestellt. Das ist ein Punkt, den wir in der Umfrage aufgegriffen haben. Das wird tatsächlich sehr unterschiedlich gehandhabt. Wir haben Kommunen, in denen grundsätzlich Stunden spitz bezahlt werden. Das heißt, es werden nur die Stunden bezahlt, die auch gearbeitet werden, was zum Wohl des Kindes selbstverständlich in der Eingewöhnung relativ wenig ist, weil das Kind erst mal ankommen muss.

In der schönen Stadt, die Sie angesprochen haben, da ist es beispielsweise so: Es wird nur vier Wochen lang die laufende Geldleistung in Höhe der vertraglich vereinbarten Betreuungsstunden gewährleistet, danach wird stundenspitz abgerechnet, was quasi bedeutet, dass jedes Kind funktionieren muss. Jedes Kind muss innerhalb von vier Wochen eingewöhnt sein. Auf Inklusionskinder wird gar keine Rücksicht genommen in dem Fall.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (34.)

24.09.2024

Ausschuss für Heimat und Kommunales (52.)

sd

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Was aber völlig absurd ist: Wenn jetzt das Tageskind zu einer anderen Tagesmutter, zu einem anderen Tagesvater wechseln muss, weil die finanzielle Situation der ehemaligen Kindertagespflegeperson es nicht anders zulässt, dann werden diese vier Stunden wieder von vorne finanziert. Das ist ein sehr gutes Beispiel dafür, was passiert, wenn konkrete Formulierungen fehlen.

Man könnte es beheben. Im KiBiz steht: Die laufende Geldleistung wird auch während der Eingewöhnung gewährt. So ist es momentan. Man müsste schreiben: Die laufende Geldleistung wird auch während der Eingewöhnung in Höhe der vertraglich vereinbarten Stunden, unabhängig von der Dauer der Eingewöhnung, bezahlt. Schon hätte man es konkretisiert, und schon könnten solche Ermessensspielräume nicht mehr gegeben werden. Das ist etwas, was wir grundsätzlich feststellen. Es wird immer wieder argumentiert – dieses Argument werden wir auch dieses Mal hören, davon bin ich überzeugt –: Konnexitätsprinzip. Aber ja, die Überraschung ist: Qualität kostet Geld, es gibt sie nicht umsonst.

Was ich an der Stelle kurz erwähnen möchte, was da auch mit reinspielt: Wir sind im KiBiz mit dem Zuzahlungsverbot in NRW belegt. Das heißt, wir als Kindertagespflegepersonen haben nicht die Möglichkeit, im Rahmen unserer Selbstständigkeit solche Situationen selbst aufzufangen und unseren Verdienst auskömmlich zu gestalten. Und da geht unser Appell ganz klar Richtung Landesregierung: Wer A sagt, muss auch B sagen. Man kann sich da nicht aus der Verantwortung ziehen und sagen: Das liegt dann im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung, weil dafür einfach auch die finanzielle Ausgestaltung der Kommunen zu unterschiedlich ist. Das wäre auch noch mal ein ganz dringender Appell an der Stelle. – Vielen Dank.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank, Frau Böttcher. – Frau Birkenfeld! Frau Birkenfeld kann auch die Frage zum Thema „Schlichtungsstelle“ mitbeantworten.

Alice Birkenfeld (Kölner Kindertagespflege): Herr Dr. Maelzer fragt: Wie kann es sein? Könnte das, was in Köln geschieht, eventuell daran liegen, dass wir in Köln weder eine Satzung, noch eine Richtlinie haben? In Köln wird die Kindertagespflege aufgrund von Beschlussvorlagen gestaltet, konkret nach einer Beschlussvorlage aus dem Jahr 2013, in der die Basis der Förderleistung berechnet worden ist.

Im Jahr 21 wurde eine Dynamisierung von 2 % festgelegt. Diese Dynamisierung kommt aber nicht zum Tragen. Wenn wir Inflation von 7,1 % oder 6,75 % haben, ergibt sich daraus vielmehr ein Einkommensverlust von 9,75 % in zwei Jahren für eine Kölner Kindertagespflegeperson. § 24 Abs. 3 Nr. 9 KiBiz beinhaltet, dass die laufende Geldleistung jährlich angepasst werden soll. In Köln wird das so interpretiert, dass lediglich die Förderleistung, nicht aber die Sachaufwendung dynamisiert wird. Das heißt, dass wir heute in Köln, der teuersten Stadt Nordrhein-Westfalens, Sachaufwendungen auf dem Niveau von 2013 erstattet bekommen, so als wenn es keine Preissteigerungen oder Inflation in der Kindertagespflege geben würde.

Zum Mietzuschuss, der von Seiten der Kitas mehrfach angesprochen wurde, ist anzumerken, dass 2015 ein Mietzuschuss von einem Euro pro Kind und Stunde festgelegt

wurde. Dieser ist nie an die reale Preisentwicklung angepasst worden. Das ist ein dramatischer Zustand für Kölner Kindertagespflegepersonen, die in angemieteten Räumen arbeiten, weil die selbstverständlich sehr starken Mieterhöhungen, vor allen Dingen auch Nebenkostenerhöhungen unterliegen.

Bettina Konrath (Landesverband Kindertagespflege NRW): Eingewöhnungszeit entsprechend der späteren Betreuungszeit finanzieren: Ich denke, da müssen wir eine gleiche Stellung haben wie die Kitas. Wenn ich mein Kind in der Kita eingewöhne, zahle ich auch. Dann hätten wir für die Zeit – in manchen Kommunen ist diese Zeit noch beitragsfrei, die Eingewöhnungszeit wird nicht berechnet für die Eltern – auch eine Gleichrangigkeit, die wir eigentlich als selbstverständlich ansehen.

Dann die rechtliche Konkretisierung. Sie sagten, das Recht müsse auch angewandt werden. Ich kann da nur auf die Vertretungsregelung verweisen, die in manchen Kommunen seit Jahren in keinsten Form existiert. Jetzt werden glücklicherweise die Zuschüsse des Landes von 2021 abgefragt. Und da muss auch benannt werden, welche Vertretungsregelung gewählt worden ist, welche umgesetzt wird. Da, denke ich, ist noch Luft nach oben.

Ich sehe aber auch eine Chance, dass der Bund sich wieder beteiligt. Ich verweise auf das KiTa-Qualitätsgesetz, das ab dem 1.1. nächsten Jahres in Kraft treten soll. Da ist die Frage: Was macht das Land NRW? Wählt es auch, wenn es um die Kindertagespflege geht, das Feld 7, das ist nämlich die Kindertagespflege? Da wären Mittel dann vorhanden, um die auch entsprechend in die Rahmenbedingungen vor Ort zu stecken. Denn die Kommunen, das Gros der Kommunen – nicht alle Kommunen am Rhein sind reich – muss unterstützt werden. Wir haben immer das Problem, dass die sozusagen das Ende der Finanzierungsstange sind. Ich würde sehr dafür plädieren, dass sich Nordrhein-Westfalen in dem Bereich für die Kitas und die Kindertagespflege stark macht und da die Mittel einsetzt.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank, Frau Konrath. Schlichtungsstelle, das war noch eine Frage. Können Sie da noch was zu sagen? Herr Maelzer fragte, ob es sinnvoll wäre, eine landesweite Schlichtungsstelle einzurichten, um die Interessen in den jeweiligen Jugendamtsbezirken auszugleichen.

Bettina Konrath (Landesverband Kindertagespflege NRW): Eine Schlichtungsstelle fände ich vor dem Hintergrund gut, dass bestimmte Defizite öffentlicher wurden. Wir sprechen immer offen drüber, wenn es irgendwo ein Defizit gibt. Aber das kommt beim Land dann nicht an, damit es weiß, wo was gemacht werden muss. Es ist ja nicht so, als ob das in allen Kommunen so ist. Es gibt sehr viele Kommunen, die die Kindertagespflege stark unterstützen. Und die paar in Führungszeichen „faulen Eier“ da drin, die machen dann den ganzen Ruf kaputt. Also von daher fände ich das auch gut.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Prima. – Das letzte Wort in der Runde haben die Landschaftsverbände. Frau Clauß oder Frau Silies.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (34.)

24.09.2024

Ausschuss für Heimat und Kommunales (52.)

sd

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Marlies Silies (Landschaftsverband Westfalen-Lippe): Herr Vorsitzender, ich würde die Beantwortung gerne übernehmen. Frau Clauß kann gegebenenfalls noch ergänzen. Herr Dr. Maelzer fragte die Landesjugendämter nach der Haltung zu einer Schlichtungsstelle. Zurzeit übernehmen die Landesjugendämter die Aufgabe der Beratung im Bereich der Kindertagespflege nach den gesetzlichen Vorgaben des SGB VIII. Wir unterstützen da auch gerne die örtlichen Träger bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe im Rahmen der kommunalen Selbstverantwortung. Das ist unser Anliegen zurzeit.

Grundsätzlich ist unsere Haltung dazu: Bevor über eine rechtliche Gestaltung einer Schlichtungsstelle nachgedacht wird, sehen wir eher die Chancen und Möglichkeiten in der einheitlichen Gestaltung der Vorgaben, der Standards der Kindertagespflege innerhalb des Kinderbildungsgesetzes. Der Fokus wäre da, dass man besser klare und eindeutige gesetzliche Grundlagen für die Kindertagespflege im Kinderbildungsgesetz schafft, als dass es der Einrichtung an der Schlichtungsstelle bedarf.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann sind wir am Ende unserer Anhörung. Ich bedanke mich sehr herzlich bei den Sachverständigen für ihre umfangreichen Antworten und für die vielen Informationen, die wir bekommen haben.

Ich möchte mich sehr herzlich beim Sitzungsdokumentarischen Dienst für Ihre Arbeit bedanken. Es ist jetzt das A und O, dass wir die einzelnen Aussagen nachlesen können und politisch auch verwerten können.

Ich wünsche Ihnen allen, wie immer, einen hohen Wirkungsgrad. Kommen Sie gut nach Hause, passen Sie auf sich auf! Bis bald.

gez. Wolfgang Jörg
Vorsitzender

Anlage

11.10.2024/30.10.2024

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend und
des Ausschusses für Heimat und Kommunales

Der frühkindlichen Bildung geht die Puste aus, nun auch Implosion der Plätze – Kitas und Kindertagespflege müssen gestärkt werden

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/9159

am Dienstag, dem 24. September 2024
13.00 bis (max.) 16.00 Uhr, Plenarsaal, Livestream

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Landschaftsverband Rheinland Köln	Sandra Clauß	18/1770
Landschaftsverband Westfalen-Lippe Münster	Marlies Silies	
Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Köln		18/1763
Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	<i>keine Teilnahme</i>	
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	Dr. Matthias Menzel	
Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	Dr. Kai Zentara	18/1758
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen c/o Der Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband NRW e. V. Wuppertal	Stephan Jentgens Sabine Prott	
Felix Dornhöfer Der Paritätische Kreisgruppe Siegen-Wittgenstein / Olpe Siegen	Felix Dornhöfer	

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Landesjugendring Düsseldorf	<i>keine Teilnahme</i>	---
Landesverband Kindertagespflege NRW e.V. Meerbusch	Bettina Konrath Julia Schünemann	18/1771
Landeselternbeirat NRW c/o Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (MKJFGFI) NRW Düsseldorf	Daniela Heimann Stefanie Wenz	18/1767
Kinder- und Jugendrat NRW c/o Landschaftsverband Westfalen-Lippe Landesjugendamt Westfalen Münster	<i>keine Teilnahme</i>	---
Tilman Fuchs Dezernent für Schule, Kultur, Sport, Jugend und Soziales im Kreis Steinfurt Kreisverwaltung Steinfurt Steinfurt	Tilman Fuchs <i>(per Videozuschaltung)</i>	18/1759
Deutscher Kitaverband Landesverband Nordrhein-Westfalen c/o KinderHut Projektgesellschaft gGmbH Essen	Marcus Bracht Klaus Bremen	18/1772
Kölner Kindertagespflege e.V.i.G. Köln	Alice Birkenfeld Saggia Roagna	18/1765
Netzwerk Kindertagespflege Tanja Böttcher Rösrath	Tanja Böttcher	18/1757
Kita Bündnis NRW Fröbel Bildung und Erziehung gGmbH Berlin Deutschland	Marek Körner Ute Jansen	18/1762

weitere Stellungnahmen:

Interessengemeinschaft Kinder, Jugend und Familie, Köln
Berufsvereinigung der Kindertagespflegepersonen e. V.

Stellungnahme 18/1749
Stellungnahme 18/1764